

JAHRESFINANZBERICHT 2010

Impressum

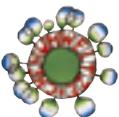
Medieninhaber und Herausgeber:
Im Selbstverlag der Gesellschaft
KA Finanz AG
1092 Wien, Türkenstraße 9
Tel.: +43 (0)1/310 06 06
www.kafinanz.at

Herstellung:

Grasl Druck & Neue Medien
Druckhausstraße 1, 2540 Bad Vöslau
Gedruckt mit Farben ohne gefährlichen
Inhaltsstoffen auf 100-%-Recyclingpapier

Gestaltung:

Czerny Plakolm Werbeagentur GmbH
Ungargasse 59-61, 1030 Wien



Dieses Produkt entspricht dem Österreichischen Umweltzeichen
für schadstoffarme Druckprodukte (UZ 24), www.fairprint.at
Grasl Druck & Neue Medien, Bad Vöslau, UW-Nr. 715

Inhalt

Vorwort des Vorstandes	4
<hr/>	
Organe der Gesellschaft	6
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010	9
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	11
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	17
Nicht finanzielle Leistungsindikatoren	20
Zweigniederlassungen	21
Forschung und Entwicklung	21
Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	21
Beteiligungen	22
Risikoberichterstattung	22
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS)	32
Compliance und Geldwäsche	35
Prognosebericht	35
Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung	37
<hr/>	
Einzelabschluss 2010 der KA Finanz AG nach BWG	39
Bilanz	40
Gewinn- und Verlustrechnung	42
Anhang zum Jahresabschluss	43
Bestätigungsvermerk	68
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	70

Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, Ihnen den Jahresbericht 2010 der KA Finanz AG vorzulegen. Der folgende Bericht deckt das erste volle Geschäftsjahr der Bank nach der intensiven Restrukturierung im Jahr 2009 ab. Aus der Spaltung der vormaligen Kommunalkredit ist die heutige KA Finanz AG (KF) hervorgegangen. Diese ist eine eigenständige, von der neuen Kommunalkredit völlig unabhängige Finanzinstitution, in welcher die nicht strategischen Aktiva der vormaligen Kommunalkredit gebündelt wurden. Dies betrifft insbesondere das nicht strategische Wertpapiergeschäft, das Credit-Default-Swap (CDS)-Portfolio sowie das Portfolio der vormaligen Tochtergesellschaft Kommunalkredit International Bank Ltd (KIB).

Die 2008/2009 durchgeführte Restrukturierung hatte folgende Ziele:

- Vermeidung von volkswirtschaftlichem Schaden,
- Minimierung der Beanspruchung von Ressourcen der öffentlichen Hand,
- keine Verlustrealisierung in einem „distressed market“,
- höchstmöglicher Eigenbeitrag der Bank.

Die Tätigkeiten der KF konzentrieren sich daher auf

- Abbau bestehender Vermögensbestände,
- Refinanzierung bestehender Aktiva,
- Maßnahmen des Risikomanagements (Management des Kredit-, Wechsel- und Zinsrisikos).

Ein aktivseitiger Aufbau des Geschäftsvolumens findet nicht statt.

Diesen Zielsetzungen entsprechend, galt es für das Jahr 2010 den plangemäßen Abbau der Portfoliostände voranzutreiben, die angestrebte Fusion der KIB in die KF zu implementieren sowie das aus der Restrukturierung resultierende Beihilfeverfahren mit der Europäischen Wettbewerbskommission abzuschließen. Es ist erfreulich, dass am Ende eines intensiven Arbeitsjahres allen Zielen entsprochen werden konnte bzw. die Portfolioabbau- und Ertragsziele überschritten wurden.

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2010 beträgt EUR 16,5 Mrd., Wertpapiere und Darlehen von in Summe EUR 12,5 Mrd. betragen 75,8 % der Bilanzsumme. Aus diesem Bestand verfügen 27,9 % über ein AAA/AA-Rating; insgesamt sind 85,0 % dem Investmentgrade-Bereich (BBB oder besser) zuzuordnen. Geografisch entfallen 54,8 % des Portfolios auf den EU-Raum, wobei 34,8 % dem EU-17-Euroraum sowie 20,0 % den restlichen EU-Staaten zuzurechnen sind.

Neben dem EUR 12,5 Mrd. Wertpapier- und Darlehensportfolio bestehen Haftungen aus CDS-Kontrakten im Ausmaß von netto EUR 10,5 Mrd. Davon entfallen insgesamt 92,5 % auf EU-Staaten; 66,7 % davon auf den EU-17-Euroraum. Bezogen auf das Rating entfallen 95,9 % in den Investmentgrade-Bereich (BBB oder besser); 62,0 % daraus liegen im AAA/AA-Bereich.

Vom Gesamtobligo aus Wertpapierbeständen und Haftungen von EUR 24,7 Mrd. entfallen 50,8 % oder EUR 12,5 Mrd. auf den EU-17-Euroraum; daraus Staatsrisiken von 4,1 % (EUR 1,0 Mrd.) gegenüber Griechenland; 3,4 % (EUR 0,8 Mrd.) gegenüber Irland und 3,4 % (EUR 0,8 Mrd.) gegenüber Portugal, welche Unterstützung unter der EFSF (European Financial Stability Facility) beansprucht bzw. beantragt haben.

Im Wertpapier- und Darlehensportfolio bestehen auf ein Obligo von EUR 293,9 Mio. Einzelwertberichtigungen von EUR 174,1 Mio.; dies entspricht einem Vorsorgestand von 59 %. Zusätzlich bestehen Risikovorsorgen nach § 57 Abs. 1 BWG von EUR 165,3 Mio. (Pauschalwertvorsorge) sowie § 57 Abs. 3 BWG von EUR 95,0 Mio. In Summe bestehen damit Risikovorsorgen in Höhe von EUR 434,4 Mio.

Den Zielsetzungen entsprechend konnte die KF im Jahr 2010 Positionen im Ausmaß von EUR 2,7 Mrd. abbauen, davon EUR 1,1 Mrd. über dem planmäßigen Tilgungsvolumen von EUR 1,6 Mrd. Dies konnte ohne wesentliche Kapitalbelastung und somit ohne Beanspruchung öffentlicher Mittel umgesetzt werden, da Verkäufe teilweise über den Buchwerten möglich waren. Zum 31. Dezember 2010 verfügte die KF über ein Refinanzierungsvolumen von insgesamt EUR 14,3 Mrd., wobei EUR 6,1 Mrd. unabhängig von direkten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen aufgebracht wurden.

Seit der Übernahme durch die Republik Österreich wurden im Zusammenhang mit der Restrukturierung der vormaligen Kommunalkredit bis zum 31. Dezember 2010 insgesamt EUR 249,5 Mio. netto an Haftungsentgelten für Refinanzierungsgarantien und Haftungsübernahmen geleistet. Diese betragen in Summe zum Jahresende 2010 EUR 8,3 Mrd. Davon sind bis zum Ende des ersten Quartals 2011 plangemäß EUR 2,2 Mrd. abgereift, sodass der derzeitige Haftungsstand EUR 6,1 Mrd. beträgt. Gemäß vor kurzem ergangener Entscheidung des Statistischen Amtes der Europäischen Union (EUROSTAT) werden davon EUR 1,0 Mrd. (aus Besserungsscheinbürgschaft) der Staatsschuld und dem -defizit zugerechnet.

Die KF verfügt über Eigenmittel von EUR 927,4 Mio.; bei risikogewichteten Aktiva von EUR 7,1 Mrd. resultiert eine Eigenmittelquote von 12,7 %. Das Kernkapital beträgt zum Jahresende 2010 EUR 544,7 Mio.; daraus ergibt sich eine Tier-1-Ratio von 7,5 %. Das Jahresergebnis nach Steuern ist ausgeglichen. Damit werden im Jahr 2011 keine Zinszahlungen auf Ergänzungskapital oder Ausschüttungen auf das Partizipationskapital erfolgen. Die KF hat kein staatliches Partizipations- und Ergänzungskapital aufgenommen; dieses wird von privaten institutionellen Investoren gehalten.

Der im Juni 2009 seitens des Bundesministeriums für Finanzen eingereichte Restrukturierungsplan bei der Europäischen Kommission wurde nach einem intensiven Prüfverfahren am 31. März 2011 genehmigt. Wesentliche Voraussetzung dieser Zustimmung war die Durchführung eines sogenannten „Impaired-Asset-Verfahrens“. Dabei wurde mittels unabhängiger Gutachter die marktadäquate Bewertung der nicht strategischen Aktiva überprüft, um sicherzustellen, dass darin keine verdeckten Beihilfeelemente enthalten sind. Die KF konnte dieses Verfahren im Juli 2010 problemlos positiv abschließen.

Ausblick

Die bisherige Zielerreichung der KF liegt über den Parametern des Restrukturierungsplanes. Ein Abbau von Risikopositionen in Höhe von EUR 2,4 Mrd. wird für das Geschäftsjahr 2011 angestrebt. Damit werden bis zum Jahresende 2011 insgesamt EUR 9,5 Mrd. an Positionen abgebaut sein. Mit weiterer Volatilität der Märkte, verstärkt durch das prozyklische Verhalten der Ratingagenturen, ist zu rechnen. Die europäischen Unterstützungsmaßnahmen unter der EFSF (European Financial Stability Facility) sind für relevante Teile des KF-Gesamtportfolios bedeutsam. Für 2011 wird die KF Netto-Haftungsentgelte von EUR 89,9 Mio. leisten. Es wird daher auch im laufenden Geschäftsjahr kein Bilanzgewinn erwartet.

Wir möchten uns bei Aktionären, Aufsichtsrat und Marktpartnern für die Unterstützung und Zusammenarbeit während des letzten Jahres bedanken. Der Vorstand möchte ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für den engagierten Einsatz während des Jahres danken; vielen außergewöhnlichen Anforderungen und Belastungen wurde erfolgreich entsprochen. Dieser Einsatz bildet die Basis für die Zielerreichung auch in der Zukunft. Auf die weitere positive Zusammenarbeit mit unseren Marktpartnern freuen wir uns.



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Organe der Gesellschaft

Vorstand

Mag. Alois Steinbichler

Vorsitzender des Vorstandes seit 7. November 2008

Mag. Andreas Fleischmann

Mitglied des Vorstandes seit 1. Februar 2009

Aufsichtsrat

KR Dr. Klaus Liebscher

Aufsichtsratsvorsitzender

(Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkteteiligung AG)

KR Adolf Wala

stv. Aufsichtsratsvorsitzender

(Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkteteiligung AG)

Helmut Mödlhammer

(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bürgermeister der Gemeinde Hallwang)

Dir. Mag. Werner Muhm

(Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeiterkammer)

Dir. DI Herbert Paierl

(Exec. Vice President Cosma Europe/Magna)

Dir. Mag. Georg Schöppl

(Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Bundesforste)

Franz Hofer

(vom Betriebsrat entsandt)

DI Martin Öhlknecht

(vom Betriebsrat entsandt)

Christine Sipek

(vom Betriebsrat entsandt)

Staatskommissär

Dr. Peter Braumüller (bis 31. Oktober 2010)

Staatskommissär, Finanzmarktaufsicht,
Leiter des Bereichs II, Versicherungsaufsicht und Pensionskassenaufsicht

SC Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger (seit 1. Jänner 2011)

Staatskommissär, Bundesministerium für Finanzen,
Abteilungsleiter Sektion II Budget

Mag. Wolfgang Nitsche

Staatskommissär-Stellvertreter, Bundesministerium für Finanzen

Regierungskommissär für den Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen

Dr. Heinrich Traumüller

Regierungskommissär, Bundesministerium für Finanzen

Dr. Peter Braumüller (bis 31. Oktober 2010)

Regierungskommissär-Stellvertreter, Finanzmarktaufsicht,
Leiter des Bereichs II, Versicherungsaufsicht und Pensionskassenaufsicht

Mag. Wolfgang Nitsche (seit 1. Jänner 2011)

Regierungskommissär-Stellvertreter, Bundesministerium für Finanzen

Zum Zeitpunkt der Berichtslegung hatte die Bank keine fundierten Bankschuldverschreibungen aushaftend.

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2010 setzte sich die Ende 2009 begonnene Erholung der Weltwirtschaft fort. Die umfassenden Maßnahmen der Regierungen und Zentralbanken zeigten ihre Wirkung und führten zu erneutem Wirtschaftswachstum. Nach einem Rückgang des Bruttoinlandproduktes (BIP) im Euroraum im Jahr 2009 von 4,1 % geht das Statistische Amt der Europäischen Union (EUROSTAT) für das Jahr 2010 von einem Anstieg des BIP um 1,8 % gegenüber 2009 aus.

Österreich zählt, laut dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), zu den Top-5 der EU-Länder, die die Wirtschaftskrise am besten bewältigt haben. Das Greifen staatlicher Maßnahmen, die relativ stabile private Konsumnachfrage und die steigenden Exporte ergaben für das Jahr 2010 eine deutliche Konjunkturerholung. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Wirtschaftsleistung in Österreich insgesamt um 2,0 % gegenüber einem Rückgang von 3,9 % im Jahr 2009.

Aufgrund der weiterhin angespannten Lage des Finanzsystems, erst langsam beginnender Investitionstätigkeit der Unternehmen und der erforderlichen Einschränkungen öffentlicher Budgets wegen hoher Schuldenstände ist eine nachhaltige Erholung mit Unsicherheit behaftet. EUROSTAT geht für das Jahr 2011 von einem Wachstum im Euroraum von 1,5 % aus; für Österreich wird ein Wachstum von 1,7 % prognostiziert.

Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Auch auf den internationalen Finanzmärkten setzte sich im Jahr 2010 die Ende 2009 begonnene Stabilisierung infolge der staatlichen Unterstützungsprogramme für den Finanzsektor weiter fort, begleitet von einer weiterhin expansiven Geldpolitik der Notenbanken. Die Europäische Zentralbank leistete außerordentliche geldpolitische Maßnahmen und unterstützte die Märkte mit Liquidität.

Anfang 2010 führte die Budgetsituation einzelner europäischer Staaten, ausgehend von Griechenland, in der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen. Nachdem der Euro im Jänner 2010 noch einen Höchststand von USD 1,46 erreichte, fiel die Parität bis Anfang Juni 2010 auf USD 1,19 und damit auf den tiefsten Stand seit März 2006, lag jedoch noch immer auf dem Niveau der Anfangsparität von USD 1,18 am 1. Jänner 1999. Die Haushaltsprobleme dieser Staaten spiegelten sich auch in einem starken Anstieg der Creditspreads europäischer Länder wider. So stieg der iTraxx SovX Western Europe Index, der sich aus den CDS-Spreads von 15 westeuropäischen Staaten zusammensetzt, von 70 Basispunkten im Dezember 2009 auf 210 Basispunkte Ende Dezember 2010, wobei einzelne Länder Spreads von über 1.000 Basispunkten erreichten.

Ab März 2010 fanden Verhandlungen auf europäischer Ebene mit Bezug auf die griechischen Staatsfinanzen statt. Diese führten in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds zu einem Maßnahmenpaket von EUR 110 Mrd. In weiterer Folge implementierten die Mitgliedsländer der EU ein Stabilitätsprogramm (European Financial Stability Facility – EFSF) im Ausmaß von EUR 750 Mrd. Dieses sollte die Refinanzierungssituation peripherer Länder stabilisieren. Diese Maßnahmen führten zum Ende März 2011 beschlossenen ESM (European Stability Mechanism), welcher ab 2013 Gültigkeit haben wird. Im Jänner 2011 nahm Irland Mittel aus dem EFSF in Anspruch. Anfang April 2011 wurde seitens Portugal ein Antrag auf Gewährung einer Unterstützung aus dem EFSF gestellt. Insgesamt wirkten die getätigten Maßnahmen der Europäischen Union positiv. Der Wechselkurs des Euro hat sich stabilisiert und lag im Verhältnis zum Dollar seit Beginn des Jahres 2011 nicht unter USD 1,29. Mit weiteren Marktvolatilitäten ist zu rechnen, verstärkt durch das fortdauernde prozyklische Verhalten der Ratingagenturen.

Die Geldmarktsätze verharrten bis zum ersten Quartal 2010 auf niedrigem Niveau. Nachdem der 3-Monats-EURIBOR unter dem EZB-Leitzins von 1 % lag, begann er ab dem zweiten Quartal anzusteigen und überschritt im Oktober 2010 die 1%-Schwelle auf bis zu 1,05 % im November 2010. Zu Jahresende lag der 3-Monats-EURIBOR bei 1,0 %. Die US-Federal-Reserve beließ, wie schon im Jahr 2009, das Leitzinsband das ganze Jahr hindurch auf dem Rekordtief von 0 % bis 0,25 %.

Im Vergleich zu den Geldmarktsätzen blieben die Kapitalmarktsätze auf Jahressicht fast unverändert. Der zehnjährige Euroswapsatz fiel von 3,58 % Anfang 2010 auf 2,32 % Ende August und beendete das Jahr bei 3,32 %. Insgesamt ist für das Jahr 2011, angesichts steigender Preistendenzen, mit einem Anstieg des Zinsniveaus zu rechnen.

Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Geschäftsverlauf 2010

Seit 28. November 2009 ist die KA Finanz AG (KF) für den strukturierten Abbau des nicht strategischen Portfolios der vormaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) zuständig. Ziel der KF ist der fokussierte Risikoabbau bei Minimierung des Einsatzes öffentlicher Ressourcen, unter Wahrung von Wertaufholungspotenzialen bei bestmöglichem Eigenbeitrag unter Berücksichtigung der Erfordernisse des EU-Beihilfenrechts (Burden-sharing). Die Tätigkeiten der KF beschränken sich dabei auf

- die Refinanzierung der bestehenden Aktiva (z. B. EZB-Tender, Commercial Paper, Money Market),
- Maßnahmen des aktiven Risikomanagements (Hedgegeschäfte zum Management des Wechselkurs-, Zins- und Kreditrisikos),
- den Abbau bestehender Vermögensbestände.

Ein aktivseitiger Aufbau des Geschäftsvolumens findet nicht statt.

Den obigen Zielsetzungen entsprechend konnte die KF im Jahr 2010 Risikopositionen im Ausmaß von EUR 2,7 Mrd. reduzieren, davon EUR 1,1 Mrd. aus über den Zielen aus dem Restrukturierungsplan liegendem aktivem Abbau von Wertpapieren und Darlehen, EUR 1,6 Mrd. reduzierten sich durch planmäßige Tilgungen. Wesentlich dabei waren u. a. die erfolgreichen Auflösungen zweier komplexer Sonder-Transaktionsstrukturen sowie die Veräußerung einzelwertberichteter Banktitel vor allem isländischer Banken. Dieser Abbau konnte ohne wesentliche Kapitalbelastung und somit ohne Beanspruchung von öffentlichen Mitteln umgesetzt werden.

Seit November 2008 und unter Berücksichtigung bestehender Abbaupläne wird die Risikoposition der KF bis 2011 um EUR 9,5 Mrd. reduziert worden sein. Dies liegt um EUR 5,4 Mrd. über den Zielen des Restrukturierungsplanes.

Die untenstehende Tabelle zeigt den Abbau der Risikopositionen, gegliedert nach Tilgung und Verkauf sowie nach Risikokategorien wie folgt:

Abbau der Risikopositionen seit November 2008 in EUR Mio.	2008/2009 ¹⁾	2010	Summe 2008 bis 2010 (IST)	2011 (PLAN)	Summe 2008 bis 2011 (PLAN)
Wertpapiere – Verkauf	516	964	1.489	1.083	2.563
Darlehen – Verkauf	0	115	115	466	581
CDS – Verkauf ²⁾	2.183	20	2.203	0	2.203
Summe Verkauf	2.699	1.099	3.798	1.549	5.373
Wertpapiere – Tilgung	635	560	1.195	446	1.641
Darlehen – Tilgung	870	816	1.686	269	1.955
CDS – Tilgung ²⁾	298	202	500	92	592
Summe Tilgung	1.803	1.578	3.381	807	4.188
Summe Verkauf/Tilgung	4.502	2.677	7.179	2.356	9.535

1) für 2008/2009 sind abgebaute Nominalwerte angegeben
2) nicht bilanzwirksam

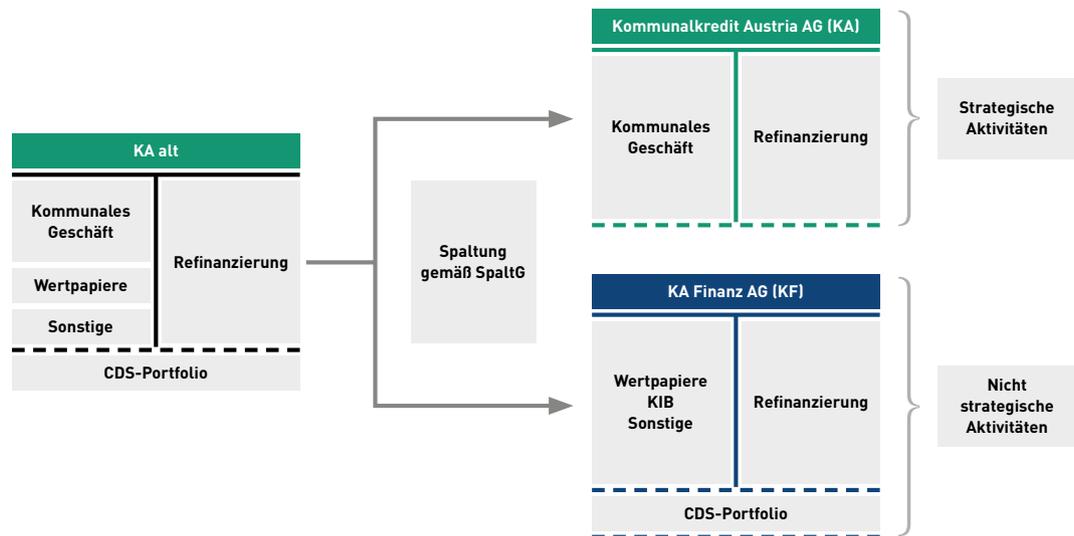
Gesellschaftsrechtliche Restrukturierung der vormaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt)

Im Zuge der internationalen Finanzkrise ergab sich für die vormalige Kommunalkredit Austria AG (KA alt) im Oktober 2008 eine akute Liquiditätsverknappung, verstärkt durch Bewertungs- und Impairmentverluste im Wertpapierportfolio und erstmals auftretende Spreadausweitungen im CDS-Portfolio. Die Situation konnte nur durch rasch umgesetzte Stützungsmaßnahmen der Republik Österreich behoben werden. Die Republik Österreich unterzeichnete daher am 3. November 2008 einen Kaufvertrag zum Erwerb der Anteile der damaligen Aktionäre Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft, Wien, und Dexia Crédit Local, Paris, an der KA alt um je EUR 1,-. Der Eigentumsübergang der Aktien erfolgte mit 5. Jänner 2009. Die Republik Österreich hält somit seit 5. Jänner 2009 99,78 % der Anteile der KA alt. Die restlichen 0,22 % sind im Besitz des Österreichischen Gemeindebundes verblieben.

Im Frühjahr 2009 wurde entsprechend den Erfordernissen des FinStaG (Finanzmarktstabilitätsgesetz) und den Leitlinien der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wettbewerb) der Restrukturierungsplan für die Bank erarbeitet, welcher – nach Zustimmung des Aufsichtsrates – vom Bundesministerium für Finanzen im Juni 2009 bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht wurde. Im Einzelnen hatte die Sanierung und Restrukturierung der KA alt die folgenden Ziele:

- Vermeidung von volkswirtschaftlichem Schaden,
- Minimierung der Beanspruchung von Ressourcen der öffentlichen Hand,
- Keine Verlustrealisierungen in einem „distressed market“,
- Höchstmöglicher Eigenbeitrag der Bank.

Die bestmögliche Umsetzung dieser Ziele war durch eine Trennung in „strategische“ und „nicht strategische“ Geschäftsbereiche zu erreichen. Das nicht strategische Geschäft (Wertpapier- und CDS-Portfolio) sowie die Kommunalkredit International Bank Ltd (KIB) verblieben in der nunmehrigen KA Finanz AG (KF). Die Finanzierungs- und Betreuungsaktivitäten von Kommunen wurden in die frühere Kommunalkredit Depotbank AG, welche sich in Konzernbesitz befand, im Wege der Spaltung zur Aufnahme nach § 5 sowie § 17 Z 5 SpaltG iVm § 220b Abs. 2 AktG übertragen. Die Spaltung wurde nach Eintragung ins Firmenbuch am 28. November 2009 wirksam. Gleichzeitig wurden die KA alt in KA Finanz AG (KF) und die Kommunalkredit Depotbank AG in Kommunalkredit Austria AG (KA) umbenannt (siehe Grafik). Beide Institute agieren voneinander unabhängig. Es besteht keine Holdingbeziehung.



Im Bericht werden folgende Bezeichnungen für die involvierten Einheiten verwendet:

- Kommunalkredit Austria AG, bis zur Spaltung am 28. November 2009: **KA alt**
- KA Finanz AG, seit der Spaltung am 28. November 2009 (vormals Kommunalkredit Austria AG (KA alt)): **KF**
- Kommunalkredit Depotbank AG, bis zur Spaltung am 28. November 2009: **KDB**
- Kommunalkredit Austria AG, seit der Spaltung am 28. November 2009 (vormals Kommunalkredit Depotbank AG): **KA**
- Kommunalkredit International Bank Ltd: **KIB**

Kapitalmaßnahmen im Rahmen der Restrukturierung

Gleichzeitig mit der Spaltung per 28. November 2009 erfolgte eine Neuordnung der Kapitalisierung der KF. Dabei wurde rückwirkend die zum 31. Dezember 2008 bestehende Bürgschaft des Bundes vom 24. April 2009 in der Höhe von max. EUR 1.207,9 Mio. auf EUR 1,0 Mrd. reduziert. Die Rekapitalisierungsschritte waren:

- Mit Rechtswirksamkeit vom 30. November 2009 verzichtete die KA gemäß Vereinbarung mit der Republik Österreich und der KF vom 17. November 2009 (Kapitalisierungsvereinbarung) gegenüber der KF auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1,0 Mrd. gegen Ausstellung eines Besserungsscheins. Gemäß Besserungsschein leistet die KF an die KA Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen im Ausmaß des Verzichts Betrags zuzüglich Zinsen ab dem Tag des Geldmarkteinlagenverzichts. Aus dem Besserungsschein zu leistende Zahlungen sind gegenüber Kuponansprüchen des Ergänzungs- und Partizipationskapitals der KF vorrangig, gegenüber Zinsansprüchen der Gläubiger der KF (einschließlich nachrangiger Gläubiger) nachrangig.
- Ebenso am 17. November 2009 schloss die KA eine Put-Vereinbarung mit einer Zweckgesellschaft, welche der KA das Recht einräumt, den Besserungsschein bis zum Ende der Put-Ausübungsfrist, das ist der dritte Jahrestag des Tages des Eintritts der Rechtswirksamkeit der Spaltung (28. November 2012), in Höhe des Verzichts Betrags zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen, abzüglich auf den Besserungsschein geleistete Zahlungen, zu verkaufen.
- In Ersatz der aktivseitigen Bürgschaft der Republik Österreich vom 24. April 2009 übernahm nunmehr die Republik Österreich die Haftung als Bürge und Zahler für die Verpflichtungen aus der Put-Vereinbarung über den Besserungsschein (Besserungsscheinbürgschaft). Für die Haftungsübernahme hat die KF eine Haftungsgebühr in Höhe von 10 % p. a. vom jeweils verbürgten Betrag monatlich an die Republik Österreich zu entrichten.

- Weiters verzichtete die KF auf ihre Rechte aus der zuvor bestehenden Bürgschaft über max. EUR 1.207,9 Mio. der Republik Österreich. Der Bürgschaftsverzicht wurde gleichzeitig mit dem Geldmarkteinlageverzicht der KA gegenüber der KF wirksam.
- Schließlich sagte die Republik Österreich der KF für den Zeitraum vom Wirksamkeitstag der Spaltung bis 31. Dezember 2013 die Zuführung von Restrukturierungsbeiträgen durch Umwidmung und Saldierung von der KF an die Republik Österreich zu leistende Haftungsentgelte zu; und zwar in der Höhe von max. EUR 60,0 Mio. im Jahr 2009 sowie jeweils jährlich weiteren max. EUR 75,0 Mio. in den Jahren 2010 bis 2013. Die Ziehung der Restrukturierungsbeiträge erfolgt, unter jeweiliger Zustimmung der Republik Österreich, aus ansonsten zu leistenden Zahlungen der KF an die Republik Österreich. Zweck der Restrukturierungsbeitragsvereinbarung ist die Sicherstellung der vertraglich vereinbarten 7-%-Tier-1-Ratio. In den Jahren 2009 sowie 2010 wurde der jeweils maximal mögliche Restrukturierungsbeitrag von EUR 60,0 Mio. bzw. EUR 75,0 Mio. gewandelt.

Verschmelzung von KF und KIB

Als Abschluss der gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen sah der Restrukturierungsplan die grenzüberschreitende Verschmelzung der KIB auf ihre Alleingesellschafterin KF vor, da das Vermögen der KIB zum nicht strategischen Vermögen gehörte und dementsprechend von der KF gemeinsam mit den anderen der KF verbliebenen Vermögensteilen verwaltet und verwertet werden soll.

Am 27. April 2010 wurde vom Vorstand der KF und vom Board of Directors der KIB der gemeinsame Verschmelzungsplan unterfertigt. Gemäß § 8 EU-VerschG wurde in der Folge der gemeinsame Verschmelzungsplan beim Firmenbuchgericht in Österreich eingereicht. In Zypern erfolgten parallel die nach zypriotischem Recht erforderlichen Einreichungen und Veröffentlichungen. Nach Ablauf der gesetzlichen Mindestfrist von einem Monat nach der Hinweisveröffentlichung wurde die grenzüberschreitende Verschmelzung in der 52. ordentlichen Hauptversammlung der KF am 8. Juni 2010 von den Aktionären einstimmig beschlossen und der gemeinsame Verschmelzungsplan genehmigt. In weiterer Folge wurde die grenzüberschreitende Verschmelzung beim zuständigen zypriotischen Gericht und beim österreichischen Firmenbuch zur Eintragung angemeldet. Das zuständige zypriotische Gericht hat am 21. Juni 2010 seine Bestätigung ausgestellt.

Mit Bescheid vom 16. September 2010 hat die Finanzmarktaufsicht (FMA) die grenzüberschreitende Verschmelzung bewilligt. Mit Beschluss vom 17. September 2010 hat das österreichische Firmenbuch die Eintragung der grenzüberschreitenden Verschmelzung der KF mit der KIB verfügt. Die Verschmelzung wurde am 18. September 2010 in das Firmenbuch eingetragen und wurde an diesem Tag rechtswirksam. Der unternehmens- und steuerrechtliche Verschmelzungstichtag (§ 5 Abs. 2 Z 6 EU-VerschG) ist der 31. Dezember 2009.

Im Zuge der Verschmelzung wurden sämtliche im EU-VerschG vorgesehenen Bestimmungen und Formalitäten eingehalten, insbesondere die für den Schutz der Gläubiger sowie für sonstige schuldrechtlich Beteiligte geltenden Bestimmungen.

Rechnungslegung nach Fusion der KIB

Einhergehend mit der Verschmelzung der KIB und der damit verbundenen Auflösung des KF-Konzerns wurde die Rechnungslegung nach IFRS per 30. September 2010 eingestellt. Die KF bilanziert den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend somit nur noch nach UGB/BWG

Haftungsentgelte an die Republik Österreich

Die gewählte Form der Kapitalisierung über die Besserungsbürgschaft entspricht dem Anspruch eines größtmöglichen Eigenbeitrags zur Sanierung und hat verhindert, dass die Republik Österreich vorweg diesen Betrag als Kapitalinstrumente in bar einschießen musste. Zudem entsteht der Republik Österreich aus der Besserungsscheinbürgschaft ein laufender, ergebnisunabhängiger Anspruch auf Haftungsgebühren, die als kapital-

ersetzende Maßnahme gemäß der unter dem FinStaG bestehenden Vereinbarungen mit der Europäischen Union mit 10 % verzinst werden. Darüber hinaus erhält die Republik Österreich Haftungsentgelte aus Liquiditätsgarantien.

Seit der Übernahme durch die Republik Österreich hat die KF bis zum 31. Dezember 2010 insgesamt EUR 368,8 Mio. Brutto-Haftungsentgelte geleistet. Nach Abzug der von der Republik Österreich der KF eingeräumten Restrukturierungsbeiträge in Höhe von EUR 135,0 Mio. ergeben sich Netto-Haftungsentgelte von EUR 233,8 Mio. Zusätzlich wurden von der KA EUR 15,7 Mio. als Haftungsentgelte für die Refinanzierung der Besserungsscheinbürgschaft an die Republik Österreich geleistet. Im Jahr 2011 werden unter Abzug des Restrukturierungsbeitrags von EUR 75,0 Mio. weitere Netto-Haftungsentgelte von EUR 89,9 Mio. geleistet werden.

Haftungsentgelte KF / KA alt in EUR Mio.	2008	2009	2010	Summe 2008 bis 2010
Bürgschaften (inkl. ursprünglicher aktivseitiger Bürgschaft und Besserungsscheinbürgschaft)	2,5	104,9	104,3	211,7
Emissionsgarantien	0,0	64,0	78,3	142,3
Provisionen für Clearingbank-Linie ¹⁾	0,0	7,3	7,5	14,8
Summe KF	2,5	176,2	190,1	368,8
Kapitalisierungsbeiträge des Bundes	0,0	60,0	75,0	135,0
Summe Netto KF	2,5	116,2	115,1	233,8

1) per 28. Februar 2011 nicht mehr beansprucht

Geschäftsbesorgungsvertrag / Service Level Agreement zwischen KA und KF

Die KA agiert seit der Spaltung als Dienstleister für die KA Finanz AG (KF). In der KF sind mit Stichtag 31. Dezember 2010 zwölf Mitarbeiter/innen der KA aufgrund einer Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarung tätig. Diese sind verantwortlich für das Portfolio-Management, Risiko-Management und die Organisation der Gesellschaft. Zudem erwirbt die KF unter einem Service Level Agreement geregelte Dienstleistungen von der KA. Es besteht eine klare Regelung zur Vermeidung von Interessenkonflikten. Die Einhaltung der Richtlinie wird regelmäßig im Aufsichtsrat überprüft; für interessenkonfliktgeneigte Geschäfte ist die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich.

Stärkung der Corporate Governance und des Risikomanagements

Unter der neuen Corporate Governance wurde die Situation und Restrukturierung der Gesellschaft intensiv betreut und überwacht. Mit der Umsetzung der Spaltung wurde der Aufsichtsrat am 17. November 2009 neu konstituiert. Im Jahr 2010 wurden insgesamt sieben Aufsichtsratssitzungen und zwei Prüfausschusssitzungen abgehalten sowie im Oktober 2010, entsprechend den Vorgaben des novellierten BWG, ein Vergütungsausschuss eingerichtet.

Vonseiten des Vorstandes werden wöchentliche Vorstandssitzungen mit Beschluss- und Berichtsagenden inklusive Überwachung vereinbarter Follow-Up-Punkte abgehalten. Die Interne Revision berichtet quartalsweise an den Aufsichtsrat.

Sowohl vom Aufsichtsrat als auch vom Vorstand wird auf die Optimierung des Risikomanagements geachtet. Die Risiko- und ICAAP-Strategie der Bank wurden überprüft; in einem monatlichen Risk-Management-Committee werden Kredit-, Markt-, operationelle sowie sonstige Risikothemen strukturiert behandelt; zusätzliche Komitees für Kredit-, Kapital- und Liquiditätsbelange finden in wöchentlichen oder kürzeren Abständen statt.

Beihilfeverfahren bei der Europäischen Kommission / Impaired-Asset-Verfahren

Die Spaltung der vormaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) zum 28. November 2009 auf Basis des bei der Europäischen Union eingereichten Restrukturierungsplanes war grundsätzlich mit der Europäischen Kommission akkordiert. Neben dem unten erklärten „Impaired-Asset-Verfahren“ fanden zusätzlich intensive Prüfungen zu den Geschäftsplanungen der KA sowie von der Bank unterstützte Verhandlungen der Republik Österreich mit der Europäischen Kommission zu diesbezüglichen Auflagen statt. Die finale Genehmigung der Europäischen Kommission zum Beihilfeverfahren, und damit zum Restrukturierungsplan insgesamt, wurde am 31. März 2011 erteilt.

Im Zusammenhang mit der Genehmigung des der Kommission im Juni 2009 vorgelegten Restrukturierungsplanes war die Durchführung eines „Impaired-Asset-Verfahrens“ zum Stichtag 31. Dezember 2009 erforderlich. Dazu ist gemäß den Bestimmungen der Europäischen Kommission sicherzustellen, dass die Bewertung der Aktiva in der Spaltung marktkonform war und in der Bewertung keine verdeckten Beihilfelemente enthalten sind. In der Durchführung dieses Verfahrens hat die KF in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Finanzen und der Europäischen Kommission einen unabhängigen Gutachter zur Validierung der von der KF vorgenommenen Bewertung der Aktiva, insbesondere der strukturierten und sonstigen Wertpapiere, beauftragt.

Die Ergebnisse dieser umfangreichen Analyse waren auch von der Finanzmarktaufsicht (FMA) zu bestätigen und in weiterer Folge von einem von der EU bestellten externen Gutachter zu validieren. Die KF konnte dieses Verfahren problemlos im Juli 2010 abschließen. Dies war eine essenzielle Voraussetzung für die Genehmigung des Restrukturierungsplanes im EU-Beihilfeverfahren.

Eigenmittelunterlegung gemäß § 22a BWG (Standardansatz)

Die vormalige Kommunalkredit Austria AG (KA alt) hatte für die Ermittlung der zu unterlegenden risikogewichteten Aktiva den IRB-Foundation-Ansatz gemäß § 22b BWG gewählt. Aus Gründen der operativen Effizienz sowie der optimierten Kapitalbewirtschaftung wurde per 1. Oktober 2010 auf den Standardansatz gem. § 22a BWG umgestellt. Damit wird der Geschäftstätigkeit der KF als Abbaubank sowie den Zielen des Restrukturierungsplanes besser entsprochen.

Rechnungshofprüfung

Zwischen März und September 2010 fand eine Vor-Ort-Prüfung des Rechnungshofes über die Gebarung der KF statt. Das Prüfungsergebnis ist ausstehend.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Finanzielle Leistungsindikatoren der KA Finanz AG nach UGB

2010 nach Verschmelzung der KF mit der KIB, 2009 vor Verschmelzung

Ausgewählte Bilanzkennzahlen in EUR Mio.	2010	2009 vor Verschmelzung
Bilanzsumme	16.491,6	17.657,3
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen	7.895,7	4.234,9
Forderungen an Kreditinstitute	3.958,3	9.897,8
Forderungen an Kunden	3.524,0	2.088,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.375,2	8.378,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	8.283,5	7.659,1
Nettozinsertrag	-16,5	10,6
Haftungsentgelte für Bürgschaften und Emissionsgarantien	-182,6	-153,8
Verwaltungsaufwand	-21,4	-31,5
Betriebsergebnis	-254,8	-171,9
Ergebnis aus Bewertungen und Realisierungen	238,4	-1.091,0
Außerordentliches Ergebnis	19,5	1.000,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-16,4	-1.263,0
Jahresergebnis nach Steuern vor Rücklagenbewegung	0,0	-267,0
Jahresverlust / Jahresgewinn	0,0	0,0

Unternehmenskennzahlen in EUR Mio. bzw. %	2010	2009 vor Verschmelzung
Risikogewichtete Aktiva	7.113,5	4.845,5
Eigenmittelerfordernis	584,1	396,0
Eigenmittel	927,4	749,4
Eigenmittelquote	12,7 %	15,1 %
Kernkapital-Tier 1	544,7	374,7
Kernkapitalquote	7,5 %	7,6 %

Rating	2010	2009 vor Verschmelzung
Langfristig Fitch / S&P ¹⁾ / Moody's ¹⁾	A+ / A / n.a.	A+ / n.a. / Baa3
Kurzfristig Fitch / S&P ¹⁾ / Moody's ¹⁾	F1+ / A-1 / n.a.	F1+ / n.a. / P-3

1) das S&P-Rating besteht seit März 2010; das Moody's-Rating wurde im Juni 2010 zurückgezogen

Bilanzstruktur

Die vorliegende Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung der KF stellen das erste Geschäftsjahr für die KF nach Durchführung der Fusion mit der KIB am 18. September 2010 dar. Die Daten der UGB/BWG-Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung 2009 beruhen ausschließlich auf Basis des KF-Einzelabschlusses und ohne Berücksichtigung der KIB, beinhalteten jedoch gleichzeitig für den Zeitraum Jänner bis Juni 2009 das Ergebnis des mit Wirkung 30. Juni 2009 in die KA abgespaltenen strategischen Portfolios der KA alt. Das Ergebnis für das Jahr 2009 ist daher mit dem Ergebnis 2010 nicht vergleichbar.

Zum 31. Dezember 2010 betrug die Bilanzsumme der KF EUR 16,5 Mrd., davon entfielen EUR 4,0 Mrd. auf Forderungen an Kreditinstitute während sich der Forderungsbestand gegenüber Kunden auf EUR 3,5 Mrd. belief. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen beliefen sich auf EUR 7,9 Mrd. Größere Verschiebungen innerhalb dieser Positionen gegenüber 2009, wie insbesondere unter Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen sowie Forderungen an Kreditinstitute waren in erster Linie auf die Fusion von KF und KIB zurückzuführen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2010 war die Bonität der Schuldner von Wertpapieren (EUR 10,5 Mrd.) und Darlehen (EUR 2,0 Mrd.) mit einem Gesamtvolumen von EUR 12,5 Mrd. zu 27,9 % dem AAA/AA-Bereich sowie insgesamt 85,0 % dem Investment-Grade-Bereich (BBB oder besser) zuzuordnen. Geografisch entfielen 54,8 % des Portfolios auf den EU-Raum, wobei 34,8 % den EU-17 (inkl. Österreich) sowie 20,0 % den restlichen EU-Staaten zuzurechnen waren. Das Exposure in sonstigen Staaten mit einem Anteil von 39,6 % entfiel zur Hälfte auf die USA und Kanada, der Anteil des Exposures aus dem Nicht-EU-Raum betrug 5,6 %.

Im CDS- und Haftungsexposure von EUR 11,1 Mrd. sind EUR 10,5 Mrd. Credit-Default-Swaps (CDS) enthalten. Diese lagen mit 62,0 % im AAA/AA-Bereich und 95,9 % im Investment-Grade-Bereich. 66,7 % entfallen auf den EU-17-Euro-Währungsraum; weitere 25,8 % auf restliche EU-Staaten, womit insgesamt 92,5 % EU-Staaten zuzuordnen sind.

Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittel

Die KF verfügte zum 31. Dezember 2010 über ein Kernkapital in der Höhe von EUR 544,7 Mio. und Eigenmittel von EUR 927,4 Mio. Daraus ergab sich bei einem Bestand von risikogewichteten Aktiva von EUR 7,1 Mrd. eine Tier-1-Ratio von 7,5 % und eine Eigenmittelquote von 12,7 %. Das Eigenkapital nach UGB betrug (exklusive Partizipationskapital) EUR 15,6 Mio.

Die obigen Kapitalkennzahlen beruhen auf den gesetzlichen Berechnungskriterien nach BWG, wobei zur Ermittlung der risikogewichteten Aktiva seit 1. Oktober 2010 der Standard-Ansatz zur Anwendung kommt. Für operationales Risiko kommt ebenfalls der Standardansatz zur Anwendung.

Refinanzierungsstruktur / Liquidität

Zum 31. Dezember 2010 verfügte die KF über ein Refinanzierungsvolumen (ohne Eigenmittel) von insgesamt EUR 14,3 Mrd., wobei EUR 6,0 Mrd. unabhängig von direkten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen aufgebracht wurden. Entsprechend den Parametern des Restrukturierungsplans lag der Fokus der Refinanzierungsaktivitäten 2010 in erster Linie auf kurzfristigen Refinanzierungen. Diese betragen zum Stichtag EUR 6,6 Mrd. und waren Commercial Paper, EZB-Tender, Repo-Refinanzierungen sowie Geldmarkteinlagen zuzurechnen. Von den langfristigen Refinanzierungsmitteln der KF (staatsgarantierte Anleihen, Privatplatzierungen, Darlehen) waren zu Jahresende EUR 7,7 Mrd. aushaftend.

- *Staatsgarantierte Refinanzierung*

2010 wurden zwei staatsgarantierte Anleihen mit einer Nominale von jeweils EUR 1,0 Mrd. begeben. Der Bestand der staatsgarantierten Refinanzierungen betrug zum 31. Dezember 2010 EUR 8,3 Mrd., bestehend aus EUR 7,6 Mrd. staatsgarantierten Anleihen und EUR 0,7 Mrd. aus der Clearingbanklinie.

- *Geldmarktrefinanzierung (inkl. EZB-Tender und Repo)*

Entsprechend dem Restrukturierungsplan war ein Großteil der Refinanzierung 2010 auf kurzfristige Refinanzierung durch Geldmarktprodukte, Repo-Geschäfte sowie die Ausnutzung des EZB-Tenders fokussiert. Zum 31. Dezember 2010 betrug das Volumen dieser Geschäfte EUR 3,6 Mrd.

- *Commercial-Paper-Programm*

In Folge der im März 2010 erfolgten Einstufung der KF von S&P mit A-1 und dem Rückzug des Moody's-Ratings im Juni 2010 erfolgte die erfolgreiche Wiederbelegung des Commercial-Paper-Programms. Zum Stichtag 31. Dezember 2010 betrug das Volumen der ausstehenden Commercial Papers EUR 433 Mio.

Die Refinanzierungsstruktur zum 31. Dezember 2010 ist wie folgt:

Verbriefte Verbindlichkeiten	EUR 8,3 Mrd.
<i>davon staatsgarantiert</i>	EUR 7,6 Mrd.
<i>davon Commercial Papers</i>	EUR 0,4 Mrd.
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	EUR 6,4 Mrd.
<i>davon Geldmarktrefinanzierung (inkl. EZB-Tender und Repo)</i>	EUR 3,6 Mrd.
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	EUR 0,1 Mrd.

Rating

Die KF verfügt seitens der Ratingagentur Fitch über ein langfristiges Rating von A+. Das kurzfristige Rating legte Fitch auf dem höchstmöglichen Niveau von F1+ fest. Seit 3. März 2010 verfügt die KF zusätzlich über ein Rating der Ratingagentur S&P. Das langfristige Rating wurde seitens S&P mit A, das kurzfristige Rating mit A-1 bewertet. Das Rating von Moody's für unbesicherte Emissionen wurde seitens der KF am 7. Juni 2010 beendet.

Ertragslage

Das UGB/BWG-Jahresergebnis nach Steuern betrug für das Geschäftsjahr 2010 EUR 0,- und war im Wesentlichen durch folgende Faktoren bestimmt:

- *Nettozinsertrag*

Der Nettozinsertrag betrug 2010 EUR - 16,5 Mio. Dieses Ergebnis ist in erster Linie auf erhöhte Refinanzierungskosten in Folge der im Dezember 2009 erfolgten Rating-Einstufung von Moody's zurückzuführen.

- *Haftungsentgelte an die Republik Österreich*

Im Jahr 2010 wurden Haftungsentgelte für Bürgschaften und Emissionsgarantien an die Republik Österreich von gesamt EUR - 182,6 Mio. (ohne Berücksichtigung der Provisionen aus der Bereitstellung der Clearingbank-Linie in Höhe von EUR 7,5 Mio., die gegenüber dem Nettozinsertrag saldiert wurden) geleistet. Nach Abzug des für 2010 beanspruchten Kapitalisierungsbeitrags, welcher erfolgsneutral direkt dem Kapital zuzuschreiben ist, wurden Netto-Haftungsentgelte von EUR 107,6 Mio. an die Republik Österreich geleistet.

- *Verwaltungsaufwand*

Der Verwaltungsaufwand der KF betrug EUR 21,4 Mio. und ergibt sich im Wesentlichen aus Dienstleistungen der KA aus dem Service Level Agreement in der Höhe von EUR 12,8 Mio. (Personalaufwand EUR 7,8 Mio., Sachaufwand EUR 5,0 Mio.); Sachaufwendungen in der Höhe von EUR 5,7 Mio. fielen direkt in der KF an. Aus der mit 18. September 2010 fusionierten KIB fiel ein Personalaufwand von EUR 0,5 Mio. sowie ein Sachaufwand von EUR 2,4 Mio. an.

- *Bewertungsergebnis*

Das Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen in Höhe von EUR 238,4 Mio. beruht im Wesentlichen auf der Realisierung von Werterholungseffekten im Zuge der Auflösung von strukturierten Wertpapieren (EUR 109,8), dem Abbau des Wertpapierportfolios (EUR 47,3 Mio.) sowie der Auflösung von pauschalen Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 52,0 Mio. Aus der vorzeitigen Tilgung von Eigenemissionen konnte ein Erlös von EUR 46,4 Mio. erzielt werden. Negativ wirkte die Bildung einer Drohverlustrückstellung in der Höhe von EUR - 36,7 Mio. für Derivate. Diese reflektieren die negativen Barwerte von Makro-Hedge-Positionen.

- *Außerordentliche Erträge*

Die Abschreibung aus der Zwischenrefinanzierung der KF an die KIB wurde im Jahr 2010 von EUR - 423,4 Mio. auf EUR - 328,2 Mio. reduziert. Daraus ergab sich im Wesentlichen der a. o. Ertrag in Höhe von EUR 114,5 Mio. Inklusive der Abschreibung des Beteiligungsansatzes der KIB in Höhe von EUR - 234,7 Mio. wurden seit 2008 in der KF KIB-Abschreibungen in Höhe von EUR - 543,6 Mio. negativ ergebniswirksam.

- *Außerordentliche Aufwände*

Die KF verfolgt eine konservative Risikopolitik. Vor dem Hintergrund der volatilen Märkte wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 57 Abs. 3 BWG im Jahr 2010 in der Höhe von EUR - 95,0 Mio. dotiert.

Das Jahresergebnis nach Steuern und der Jahresgewinn/-verlust sind somit für das Gesamtjahr 2010 ausgeglichen. Da das Jahresergebnis nach Steuern (Jahresüberschuss) die Ausschüttungsgrundlage für Ergänzungskapitalinhaber darstellt, wird für das abgelaufene Geschäftsjahr im Jahr 2011 keine Zinszahlung auf das Ergänzungskapital erfolgen. Der Jahresgewinn stellt auch die Ausschüttungsgrundlage für Partizipationskapitalinhaber dar. Somit wird für das abgelaufene Geschäftsjahr im Jahr 2011 keine Ausschüttung auf das Partizipationskapital erfolgen. Entsprechende Mitteilungen gemäß § 48d Börsegesetz wurden bereits in den Vorjahren publiziert und bleiben weiterhin gültig.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter/innen

Per 31. Dezember 2010 waren im Rahmen einer mit der KA geschlossenen Arbeitskräfteüberlassung zwölf Mitarbeiter/innen (exkl. Vorstand) ausschließlich in der KF tätig; davon vier Frauen und acht Männer (gewichtet 11,52 Mitarbeiter/innen, 3,52 weibliche und acht männliche). Darüber hinaus besteht ein Service Level Agreement zwischen der KF und der KA, im Rahmen dessen die KF operative Leistungen aus der KA bezieht. Diese werden auf Basis detaillierter Aufzeichnungen drittparteifähig als Sachkosten verrechnet. Entsprechende von den Organen und der Aufsicht genehmigte Regelungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten bestehen.

Fusion und Schließung der KIB

Die Fusion und Schließung der KIB in die KF sowie die Schließung der lokalen Aktivitäten war, dem Restrukturierungsplan entsprechend, eines der wesentlichen Restrukturierungsziele des Jahres 2010. Dies konnte in enger Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden in Zypern sowie den Aufsichtsbehörden in Österreich (FMA, OeNB) plangemäß und problemlos umgesetzt werden. Die rechtliche Umsetzung fand unter Beiziehung zweier führender Anwaltskanzleien und entsprechender Gutachter gemäß EU-VerschG statt. Die anspruchsvolle operative Integration der Aktiva in die Systeme und Ablauforganisation der KF konnte ebenfalls nach Plan bewerkstelligt werden.

Im Rahmen eines vom Aufsichtsrat der KF genehmigten Sozialplanes konnte der Abbau der Belegschaft der KIB (zum 31. Dezember 2009: 22 Mitarbeiter/innen) unter Wahrung der Interessen der Mitarbeiter/innen problemlos durchgeführt werden. Die KIB wurde plangemäß am 18. September 2010 mit der KF fusioniert.

Kommunikation

Im Mittelpunkt der Kommunikationsmaßnahmen im Jahr 2010 standen die intensive und umfassende Information der Kunden, Marktpartner und Mitarbeiter/innen der KIB und der KF in Zusammenhang mit dem Fusionsprozess der KIB. Des Weiteren fanden umfangreiche Informationsgespräche zum Status und zur Entwicklung der KF mit Marktpartnern, Ratingagenturen und weiteren Stakeholdern statt, womit die Zielerreichung des Restrukturierungsplanes wesentlich unterstützt wurde.

Zweigniederlassungen

Die KF verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Forschung und Entwicklung

Bezüglich Forschung und Entwicklung ergeben sich branchenbedingt keine Anmerkungen.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Beihilfeverfahren bei der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission hat am 31. März 2011 ihre formale Zustimmung zum Restrukturierungsplan der KA gegeben. Mit dieser positiven Entscheidung ist die gesellschaftsrechtliche Restrukturierung der KA auch unter den Kriterien des EU-Wettbewerbsrechts bestätigt worden. Im Rahmen des Beihilfeverfahrens wurde auch die Beihilfe der Republik Österreich gegenüber der KF genehmigt.

Tilgung staatsgarantierter Anleihen

Am 31. Jänner 2011 wurde eine EUR 1,5 Mrd.-Anleihe, welche 2009 unter dem Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) begeben worden war, ohne weitere staatliche Unterstützung plangemäß und termingerecht getilgt.

EUROSTAT/Keine Verbindlichkeiten der KF in der Staatsschuld

Im Rahmen einer Präzisierung der Auslegungsregeln für das Europäische System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) wurde am 31. März 2010 seitens EUROSTAT bestätigt, dass entgegen möglicher

Erwartungen infolge der 99,78%-Eigentümerschaft der Republik Österreich das Refinanzierungsvolumen der KF von EUR 14,3 Mrd. insgesamt nicht der Staatsschuld zuzurechnen ist. Jedoch gilt die EUR 1,0 Mrd. Besserungsscheinbürgschaft gemäß MGDD („Manual on Government Deficit and Debt“) als Schuldenübernahme der Republik Österreich und ist damit sowohl dem Schuldenstand als auch dem Defizit der Republik Österreich erhöhend zuzurechnen.

Beteiligungen

Kommunalkredit International Bank Ltd (KIB; bis 18. September 2010)

Die vormalige KIB war am 10. Juli 2002 als eigenständige Tochter der vormaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) gegründet worden. Die Geschäftsaktivitäten waren ähnlich jenen der KF. Im Zuge der Restrukturierung wurde bereits im Dezember 2008 unter Zustimmung der Aufsichtsbehörden die grundlegende Entscheidung getroffen, aufgrund der negativen wirtschaftlichen Situation die Kommunalkredit International Bank Ltd (KIB, Zypern) nicht fortzuführen und in einer grenzüberschreitenden Fusion mit der Muttergesellschaft KF zu verschmelzen.

Die Fusion wurde unter aufsichtsrechtlicher Genehmigung am 18. September 2010 abgeschlossen. Die KF ist Rechtsnachfolgerin der KIB.

KIB Properties Ltd.

KIB Properties Ltd. ist seit der Fusion eine in Zypern eingetragene 100%-Tochtergesellschaft der KF. Die Gesellschaft hält Miteigentum am Gebäude, in welchem sich die Büroräumlichkeiten der früheren KIB befanden. Die KIB Properties Ltd. sowie ihre Aktiva stehen zum Verkauf, es wird erwartet, dass der Verkaufsprozess im Laufe des Jahres 2011 abgeschlossen wird.

Risikoberichterstattung

Überblick

Das primäre Geschäftsziel der KF ist das Management und der Abbau des nicht strategischen Geschäfts der ehemaligen KA vor der Spaltung, unter Minimierung des Mitteleinsatzes der Republik Österreich sowie möglichst umfangreicher Realisierung des Wertaufholungspotenzials und Sicherung der Liquidität bei größtmöglicher Eigenleistung der Bank.

Aktives Portfolio-Monitoring zur frühzeitigen Erkennung von Risiken und aktives Portfolio-Management zur Vermeidung der Realisierung von Risiken (Impairments) sowie aktives Liquiditätsmanagement gehören daher zu den Kernaufgaben der KF.

Organisation

Die Verantwortung für das Risikomanagement, insbesondere die Festlegung der Risikostrategie, sowie die adäquate Messung, Steuerung und Begrenzung der Risiken liegen beim Vorstand der KF sowie beim im Management der KF angesiedelten Risk Officer.

Die gesamtheitliche Steuerung und Begrenzung der Risiken erfolgt im Rahmen der monatlichen Sitzungen des Risk-Management-Committees (RMC). Das RMC-Meeting ist das zentrale Element des integrierten Risiko-steuerungsprozesses, in dem der Vorstand regelmäßig und strukturiert über alle Risikoarten sowie die Risikosituation der Gesamtbank informiert wird, alle diesbezüglichen Entscheidungen getroffen sowie Limite festgelegt und überwacht werden. Zusätzlich zum RMC wurden wöchentliche Ausschüsse etabliert, insbesondere das Kreditkomitee, in welchem die Portfolio-Überwachung und risikorelevante Portfolio-Maßnahmenplanung konzentriert sind, sowie das Asset-Liability-Committee (ALCO) für das operative Liquiditäts-, Zins- und Kapitalmanagement.

Operativ und administrativ wird das Risikomanagement der KF durch Dienstleistungen, insbesondere die Erstellung von Risikoreports und Portfolioanalysen, unterstützt, die über das Service Level Agreement von der KA bezogen werden.

Spezifische Risiken der KF

Folgende Risiken werden in der KF identifiziert:

- Kreditrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko
- Operationelles Risiko

Die Position der KF gegenüber diesen Risikoarten sowie ihre jeweilige Strategie zur Messung, Überwachung und Steuerung werden im Folgenden beschrieben.

Kreditrisiko

Kreditrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten, die entstehen, wenn ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Die KF unterscheidet folgende Arten des Kreditrisikos: Kontrahenten- bzw. Ausfallsrisiko, Konzentrationsrisiko und Länderrisiko.

Kreditexposure

Die Grundlage für die Quantifizierung des wirtschaftlichen Kreditrisikos ist die Bestimmung des Kreditexposures nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die für alle Aktiva erfolgt und von den Buchwerten abweichen kann. Die wesentlichsten Abweichungen zu den Buchwerten werden in Folge kurz dargestellt. Bei Derivaten erfolgt neben dem Ausweis des positiven Marktwerts der zusätzliche Ausweis von laufzeit- und produkt-spezifischen Add-On-Faktoren. Das Darlehensexposure bestimmt sich aus allen Rückzahlungsverpflichtungen des Geschäftspartners, möglicherweise noch bestehenden Auszahlungsverpflichtungen der Bank, dem Rest(dis)agio (falls vorhanden) und dem positiven Optionswert aus einer möglicherweise eingebetteten Option.

Bei der Besicherung des Kreditengagements spielen persönliche Sicherheiten (Garantien und Haftungen) eine wichtige Rolle. Als finanzielle Sicherheiten werden vor allem Nettingvereinbarungen und Barbesicherungen zur Reduktion des Kontrahentenrisikos berücksichtigt. Beim Vorliegen von persönlichen Sicherheiten kann das Exposure dem Sicherheitengeber zugerechnet werden. Das Exposure wird dabei je nach Risikoeinschätzung

auf den Garantiegeber transferiert und dort im Portfoliomodell und Limitwesen berücksichtigt. Erhaltene finanzielle Sicherheiten reduzieren dagegen das bestehende Exposure.

Per 31. Dezember 2010 beträgt das Kreditexposure der KF EUR 24,7 Mrd., verteilt auf 684 Partner. Davon entfallen EUR 10,5 Mrd. auf Wertpapiere (Anleihen), EUR 11,1 Mrd. auf CDS und Haftungen und EUR 2,0 Mrd. auf Darlehen. Seit November 2008 wurde das Kreditexposure durch Tilgungen und Verkäufe um EUR 7,2 Mrd. reduziert.

Ratingverfahren

Die KF erstellt für alle Kunden, die über kein externes Rating verfügen, mindestens einmal jährlich auf Basis der letzten Bilanzzahlen ein internes Rating. Für alle anderen Kunden werden die externen Ratings (Moody's, S&P, Fitch) laufend überwacht und aktualisiert. Über eine interne Ratingskala (Masterskala) sind sowohl externe als auch interne Ratings Ausfallswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Masterskala wird regelmäßig hinsichtlich ihrer Prognosegüte von Zahlungsausfällen überprüft und gegebenenfalls auf Basis eingetretener unerwarteter Verluste angepasst.

Damit können alle Aktiva und außerbilanziellen Geschäfte vollständig nach Ausfallswahrscheinlichkeit und Besicherung gegliedert werden.

Unerwarteter Verlust – Kredit VaR-Modell

Die Portfoliobetrachtung ist grundlegend für die Quantifizierung des Kreditrisikos. Die KF berechnet monatlich einen Kredit-VaR. Das verwendete Portfoliomodell basiert auf CreditRisk+. Für die Berechnung des Kredit-VaR werden die ratingabhängigen einjährigen Ausfallswahrscheinlichkeiten (PD) und regionale bzw. branchenspezifische Verlustquoten (LGD) verwendet. Die Inputparameter PD und LGD orientieren sich an den Basel-II-Anforderungen. Diese Parameter wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr einem Überprüfungsprozess unterzogen und validiert. Die Quantifizierung des unerwarteten Ausfallrisikos erfolgt nach Berechnungsverfahren, die gängigen Standards entsprechen.

Der unerwartete Verlust aus Kreditausfällen innerhalb eines Jahres, gemessen mittels Kredit-VaR (Konfidenzniveau 99,95 %), beträgt per 31. Dezember 2010 EUR 227,8 Mio.

Ratingverteilung

Die Aufstellung der Kreditexposures nach Ratings zeigt, dass das Portfolio in den oberen Ratingklassen konzentriert ist. 90,5 % des Exposures sind investment-grade (BBB oder besser), 42,6 % AAA/AA-geratet. Das gewichtete Durchschnittsrating für das Gesamtexposure ist A2 (Skalierung nach Moody's).

Kreditexposureverteilung nach Rating

31.12.2010 in EUR 1.000	Gesamt- exposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/ Haftungen	davon Darlehen	Anzahl Partner
AAA	4.518.020	18,3 %	1.079.012	3.417.691	9.559	114
AA	5.992.029	24,3 %	1.871.304	3.466.174	524.193	128
A	7.129.601	28,9 %	3.659.042	2.239.913	781.147	211
BBB	4.682.158	19,0 %	2.194.467	1.517.998	483.879	128
BB	2.096.351	8,5 %	1.463.760	452.855	169.392	49
B	92.900	0,4 %	84.939	0	7.961	13
CCC	68.409	0,3 %	68.409	0	0	26
D	87.803	0,4 %	45.624	5.000	37.179	15
nicht geratet	0	0,0 %	0	0	0	0
Summe	24.667.270	100,0 %	10.466.556	11.099.631	2.013.310	684

Sektorverteilung

Nach Sektoren gegliedert, entfällt der überwiegende Teil des Exposures auf die öffentliche Hand (64,2 %). Das restliche Exposure verteilt sich auf Finanzinstitute (20,1 %) und Public Sector Entities (PSE) sowie öffentlichkeitsnahe Unternehmen und Verbriefungen (15,7 %). Im CDS- und Haftungs-Portfolio bestehen Exposures hauptsächlich gegenüber der öffentlichen Hand (85,8 %) und Finanzinstituten (11,7 %).

Kreditexposureverteilung nach Sektor

31.12.2010 in EUR 1.000	Gesamt- exposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/ Haftungen	davon Darlehen	Anzahl Partner
Öffentliche Hand	15.841.354	64,2 %	5.558.826	9.528.717	753.811	172
Finanzinstitute	4.946.789	20,1 %	1.892.912	1.298.142	673.939	184
Sonstige	3.879.126	15,7 %	3.014.818	272.773	585.560	328
Summe	24.667.270	100,0 %	10.466.556	11.099.631	2.013.310	684

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen werden vor Abschluss von Geschäften (ausschließlich Absicherungs- und Refinanzierungsgeschäfte, jedoch kein Neugeschäft) sowie im Zuge der monatlichen Kreditrisikoreports, welche dem RMC berichtet werden, festgestellt. Das Gesamtportfolio wird hier nach unterschiedlichen Gesichtspunkten gegliedert dargestellt (Gliederung nach Ländern, Regionen, Top-100-Kreditnehmer, Rating, Sektoren). Zusätzlich werden Risikokonzentrationen in einzelnen Teilportfolien durch Portfolioanalysen festgestellt und überwacht. Portfolioanalysen umfassen korrelierende regionale und/oder sektorale Risiken oder Risikokonzentrationen und dienen vor allem der Früherkennung, Begrenzung und Aussteuerung von Risikoportfolien unter aktuellen und künftigen Umfeldbedingungen. Je nach Risikoeinschätzung werden regelmäßig Reviews durchgeführt. Anlassbezogen kann ein Portfolioreview auch ad hoc zwischen den tourlichen Intervallen angestoßen werden.

Das Exposure der größten 20 Kunden bzw. Kundengruppen macht per 31. Dezember 2010 46,9 % des Gesamt-exposures aus. Da in der KF kein neues Kreditgeschäft abgewickelt wird, wurden Limitierungen von Konzentrationsrisiken lediglich in Form von Länderlimiten eingeräumt. Alle Portfolien befinden sich unter Berücksichtigung des jeweiligen Risikogehaltes auf Abbau.

Länderrisiko

Kreditexposures von Töchtern und Zweigstellen werden im jeweiligen Sitzland ausgewiesen, nicht im Land der Muttergesellschaft. Das Länderrisiko der KF wird monatlich im RMC überwacht. Je Land werden Angaben über Länderrating, Exposure je Produktart, erwarteter und unerwarteter Verlust und Limitausnutzung überwacht.

Geografisch verteilt sich der Großteil des Exposures auf den Euroraum (EU-17 inkl. Österreich: 50,7 %) sowie die restlichen EU-Staaten (22,8 %). Das Exposure in sonstigen Staaten (22,5 %) entfällt zur Hälfte auf die USA und Kanada.

Kreditexposureverteilung nach Region

31.12.2010 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Österreich	1.587.502	6,4 %	277.021	536.584	207.784
EU-17 (Euroraum ohne Österreich)	10.935.590	44,3 %	3.237.597	6.864.145	625.859
davon Staatsobligo unter EU-Stützungsmaßnahmen					
Griechenland	1.011.203	4,1 %	821.669	189.534	0
Irland	827.193	3,4 %	100.912	726.280	0
Portugal	839.995	3,4 %	153.639	686.355	0
EU-Nicht Euroraum	5.626.123	22,8 %	2.107.098	2.867.769	385.414
Nicht-EU-Europa	958.144	3,9 %	336.335	248.836	361.215
Sonstige	5.559.910	22,5 %	4.508.505	582.298	433.038
Summe	24.667.270	100,0 %	10.466.556	11.099.631	2.013.310

Exposure gegenüber europäischen Staaten und Gebietskörperschaften

Per 31. Dezember 2010 entfallen 55 % des Gesamtexposures (EUR 13,6 Mrd.) auf europäische Staaten und Gebietskörperschaften. Die Entwicklung der europäischen Haushalte ist daher für die KF von großer Relevanz und wird laufend beobachtet.

Anfang 2010 lösten Haushaltsprobleme mehrerer europäischer Staaten eine Krise der Euro-Zone aus. Besonders betroffen sind Griechenland und Irland, aber auch andere Länder mit hoher Staatsverschuldung, was u. a. am starken Anstieg der Creditspreads dieser Länder im Jahr 2010 sichtbar wird. So stieg der iTraxx SovX Western Europe Index, der sich aus den CDS-Spreads von 15 westeuropäischen Staaten zusammensetzt, von 70 Basispunkten im Dezember 2009 auf 210 Basispunkte Ende Dezember 2010, wobei einzelne Länder Spreads von über 1.000 Basispunkten erreichten. Mit weiterer Volatilität, zusätzlich verstärkt durch die prozyklische Vorgehensweise der Ratingagenturen, muss gerechnet werden. Die Staaten der Eurozone, zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds, reagierten auf die Situation mit der Einrichtung der European Financial Stability Facility (EFSF), über die garantierte Kredite von bis zu EUR 750,0 Mrd. zur Verfügung gestellt werden können. In weiterer Folge führten diese Maßnahmen zum Ende März 2011 beschlossenen ESM (European Stability Mechanism). Bis Anfang April 2011 wurden Unterstützungsmaßnahmen von Griechenland, Irland sowie Portugal in Anspruch genommen. Angesichts des Bestehens obiger Unterstützungsmaßnahmen werden für diese Länder keine Einzelwertberichtigungen gebildet.

CDS- und Haftungs-Exposure

Das im Gesamtexposure enthaltene CDS- und Haftungsexposure von EUR 11,1 Mrd. per Ende 2010 beinhaltet hauptsächlich Single-Name-CDS (EUR 10,5 Mrd.). Das CDS- und Haftungsexposure ist zu 62,0 % im AAA/AA-Bereich und zu 95,9 % im Investment-Grade-Bereich. Das gewichtete Durchschnittsrating für das CDS-

und Haftungsportfolio ist Aa3 (Skalierung nach Moody's). CDS und Haftungen bestehen vor allem gegenüber der öffentlichen Hand (85,8 %) und Finanzinstituten (11,7 %). Geografisch ist das Portfolio zu 92,5 % dem EU-Raum zuzuordnen.

Kreditrisikovorsorge

Die Vorsorgen für Risiken im Kreditgeschäft umfassen Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken.

Es findet regelmäßig eine Beurteilung statt, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kundenengagements oder Engagements einer Gruppe verbundener Kunden vorliegen. Die Beurteilung der Wertminderung findet entweder im Zuge der jährlichen Bonitätsupdates oder anlassbezogen statt. Die Ermittlung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle liegt beim Risikomanagement und bedarf der Genehmigung des Vorstands.

Die Bestandteile der gebildeten Kreditrisikovorsorgen sind Einzelwertberichtigungen, Vorsorgen nach § 57 Abs. 1 und Abs. 3 BWG und pauschale Einzelwertberichtigungen. Letztere werden für bereits eingetretene, aber noch nicht wahrgenommene Verluste im Darlehensportfolio sowie für Wertpapiere und CDS, die über keinen liquiden Marktpreis verfügen, gebildet. Die Quantifizierung erfolgt auf Basis des erwarteten Verlustes unter Verwendung von ratingabhängigen Ausfallswahrscheinlichkeiten und unter Berücksichtigung der erwarteten Zeitdauer zwischen Eintritt und Erkennen des Ausfalls.

Per 31. Dezember 2010 beträgt der Stand an Einzelwertberichtigungen EUR 172,1 Mio. für Kreditrisiken in Höhe von EUR 293,9 Mio.; dies entspricht einer Bevorsorgungsquote von 59 %. Darüber hinaus wurden pauschale Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 2,0 Mio. sowie Vorsorgen gemäß § 57 Abs. 1 in Höhe von EUR 165,3 Mio. und Abs. 3 in Höhe von EUR 95,0 Mio. gebildet.

Die KF hat keine finanziellen Vermögenswerte, die zum Ende der Berichtsperiode länger als 90 Tage überfällig, aber nicht im Wert gemindert sind.

Partner mit erhöhtem Kreditrisiko (PameK)

Zur Feststellung und Behandlung erhöhter Kreditrisiken gibt es einen mehrstufigen Risikokontrollprozess, wonach sämtliche Partner nunmehr in vier Risikostufen eingeteilt werden:

- Stufe 0: Standard-Risikostufe für alle Partner, die nicht unter die nachfolgenden Risikostufen fallen
- Stufe 1: Partner, welche leicht erhöhtes Kreditrisiko bzw. negative Tendenz aufweisen und daher einem engen Monitoring unterliegen
- Stufe 2: Problematische Engagements (Zahlungsrückstände, Kreditminderung) mit Ausnahme von Problemkrediten, bei welchen ein Ausfall gemäß Basel II festgestellt wurde
- Stufe 3: Ausfall gemäß Basel II

Partner der Stufen 1 bis 3 werden in der PameK-(Partner mit erhöhtem Kreditrisiko)-Liste geführt, welche laufend aktualisiert und monatlich im Kreditkomitee der KF berichtet wird. Die PameK-Liste dient dabei primär der qualitativen Informationsbereitstellung über das Exposure at Risk. Abzuleitende Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Vorstand im Rahmen des Kreditkomitees beschlossen. Darüber hinaus werden die Partner mit erhöhtem Kreditrisiko im Rahmen des PameK-Berichts quartalsweise an den Genehmigungsausschuss der KF gemeldet.

Sondergestion und Workout

Das Risikomanagement der KF verantwortet die Gestion und das Workout von Kreditengagements in den Risikostufen 2 und 3. Primäres Ziel ist es, einen Kreditausfall durch intensive Betreuung zu vermeiden bzw. nach Ausfall des Partners die Verlustrate möglichst gering zu halten.

Per 31. Dezember 2010 befanden sich insgesamt 34 Partner mit einem Kreditexposure nach Einzelwertberichtigung von EUR 191,4 Mio. in den Risikostufen 2 und 3.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsmanagement war auch im Jahr 2010 eine der wesentlichen Managementaufgaben. Neben der Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit zu jedem Zeitpunkt stand dabei das vorausschauende Management des strukturellen Liquiditätsrisikos im Fokus.

Liquiditätsrisikomanagement

Die KF unterscheidet beim Liquiditätsrisiko zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne als der Gefahr, dass die Bank ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr vollständig oder nicht fristgerecht nachkommen kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko), und dem Refinanzierungsrisiko als der Gefahr, zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Kosten beschaffen zu können. Hinsichtlich der zeitlichen Dimension unterscheidet die KF zwischen kurzfristigem (bis zu einem Jahr) und langfristigem (ab einem Jahr) Liquiditätsmanagement.

Zentrale Elemente des Liquiditätsrisikomanagements sind

- tägliches Monitoring der Liquiditätsposition,
- dynamische Liquiditätsvorschau (unterjährig) inklusive Stresstests,
- statische Analyse von Liquiditätslücken (überjährig),
- Planung der mittel- und langfristigen Refinanzierung inklusive eines Emissionsplans,
- Pflege und Weiterentwicklung des Liquiditätsmodells.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko im engeren Sinn (< 1 Jahr)

Zur Steuerung der kurzfristigen Liquidität steht dem Management ein auf täglicher Basis erstelltes kurz- und mittelfristiges Liquiditätsszenario zur Verfügung. In diesen Szenarien werden neben den vertraglichen Zahlungsströmen auch erwartete Zahlungsströme aus neuen Emissionen, Kündigungen bestehender Geschäfte, Auszahlungen aus Neugeschäftsabschlüssen, Repo-Prolongationen sowie der Liquiditätsbedarf aus der Dotierung von Barsicherheiten (aus CSA-/ISDA-Verträgen) berücksichtigt. Die resultierenden Liquiditäts-Gaps werden im kurzfristigen Liquiditätsszenario auf Tagesbasis bzw. danach auf Monatsbasis gesteuert.

Zur Quantifizierung und Limitierung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos wird die Analyse zusätzlich auch für ein Stress-Szenario erstellt und der maximale liquide Zeithorizont („time-to-wall“) in diesem Szenario bestimmt.

Im abgelaufenen Jahr wurde auf ein tägliches Management von Barbesicherungen für die wesentlichen Counterparts von Derivativerträgen umgestellt. Dies ermöglicht eine raschere Generierung von Liquidität, wenn marktwertbedingte Nachschussverpflichtungen der Counterparts bestehen.

In nachfolgender Tabelle sind die erwarteten Liquiditäts-Gaps, die aus internen und externen Maßnahmen zusätzlich realisierbare Liquidität und die Liquiditätsposition nach diesen Maßnahmen periodisch dargestellt.

per 31.12.2010 in EUR Mio.	Erwarteter Liquiditäts-Gap	Zusätzliche realisierbare Liquidität	Liquiditäts- position nach Maßnahmen
Bis zu einem Monat	- 2.911	3.283	372
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	- 1.497	2.510	1.013
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	- 2.036	1.496	- 540
Summe	- 6.444	7.289	845

Langfristiges Liquiditätsrisiko im engeren Sinn (> 1 Jahr)

Zur Liquiditätssteuerung und zur strukturellen Analyse der Liquiditätsrisikoposition verwendet die KF eine detaillierte Analyse der erwarteten Kapitalströme für die Gesamtlaufzeit aller On- und Off-Balance-Geschäfte. Die Überhänge aus Kapitalein- und -auszahlungen werden auf periodischer und kumulierter Ebene überwacht und sind die Basis für die strategische Liquiditätsaussteuerung im Rahmen des RMC.

Organisation und Berichtswesen

Das strukturelle Liquiditätsrisiko wird auf Vorstandsebene im monatlichen RMC besprochen. Zusätzlich findet wöchentlich das Asset-Liability-Committee (ALCO) zum operativen Liquiditäts-, Zins- und Kapitalmanagement statt. Eine Liquiditätsvorschau einschließlich der Einschätzung zusätzlich realisierbarer Liquidität wird täglich erstellt, täglich an den Treasury-Vorstand und das Risikomanagement der KF sowie wöchentlich im ALCO und monatlich im RMC auf Gesamtvorstandsebene berichtet.

Marktrisiko

Marktrisiken entstehen aus potenziellen Veränderungen von Risikofaktoren, die zu einer Verringerung des Marktwertes der von diesen Risikofaktoren abhängigen Finanzpositionen führen können.

Im Einzelnen unterscheidet die KF

- Zinsrisiko
- Wechselkursrisiko
- Spreadänderungsrisiko
- Optionsrisiko
- Basisrisiko

Zinsrisiko

Bei der Messung, Steuerung und Begrenzung von Zinsrisiken unterscheidet die KF zwischen dem periodenorientierten Repricing-Risiko und dem barwertorientierten Zinsänderungsrisiko. Ersteres ist das Risiko eines Rückgangs des Nettozinsenertrags, zweiteres das Risiko von Marktwertverlusten aufgrund von Zinsänderungen. Die KF wird zinsrisiko-minimierend gesteuert.

Dazu verfügt die KF über ein Analyse- und Simulationsinstrument, das die Prognose und gezielte Steuerung des barwertigen Zinsänderungsrisikos und des periodischen Nettozinsenertrags ermöglicht. Insbesondere werden Zins-Gap-Strukturen und Barwertsensitivitäten je Währung analysiert, Value-at-Risk (VaR)-Modelle auf Basis von historischen Volatilitäten und Korrelationen berechnet und für die Bewertung des Repricing-Risikos verschiedene Szenarien simuliert.

Das Zinsrisiko wird im Rahmen des RMCs zumindest monatlich überwacht und ausgesteuert.

Für die Berechnung des Zins-VaR (Haltedauer 20 Handelstage, Konfidenzintervall 90 %) werden gleichgewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen (Beobachtungszeitraum 150 Tage) verwendet. Der berechnete Zins-VaR berücksichtigt den gesamten Geschäftsbestand der KF, jedoch nicht das Eigenkapital (eingezahltes Kapital und Rücklagen). Per 31. Dezember 2010 betrug der Zins-VaR (Konfidenzniveau 90 %, Haltedauer 20 Handelstage) EUR 8,0 Mio (2009: EUR 16,9 Mio – diese und alle weiteren Marktrisikokennzahlen aus dem Jahr 2009 stammen der besseren Vergleichbarkeit wegen aus dem konsolidierten Konzernabschluss 2009).

Zusätzlich zum monatlichen Berichtswesen im RMC findet die zeitnahe, operative Steuerung des Zinsrisikos im wöchentlichen ALCO statt. Zur Begrenzung des Zinsrisikos (Barwertsensitivität und Nettozinsenertrag) aus der unterjährigen Zinsrisikoposition wurde 2010 mit der Implementierung einer Kurzfrist-Zinsrisikosteuerung begonnen.

Wechselkursrisiko

Die Risikostrategie der KF ist es, keine offenen Fremdwährungspositionen einzugehen. Dazu werden alle Investitionen in Fremdwährung mittels Währungsswaps abgesichert oder währungskonform refinanziert. Zur operativen Steuerung der Devisenposition gibt es ein System zur Steuerung der offenen Devisenpositionen, das sowohl Auszahlungen und Tilgungszahlungen als auch Zins-, Provisions- und Agioabgrenzungen sowie Ausgleichsbeträge aus Derivatgeschäften berücksichtigt. Das Wechselkursrisiko wird täglich überwacht und angesteuert. Für die Berechnung des FX-VaR (Haltedauer 1 Handelstag, Konfidenzintervall 99 %) werden exponentiell gewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen der Wechselkurse mit einem zurückliegenden Beobachtungszeitraum von 400 Tagen verwendet. Per 31. Dezember 2010 betrug der diversifizierte FX-VaR TEUR 24,0 (2009: TEUR 10,6).

Die folgende Tabelle zeigt die Netto-Währungsswapposition per 31. Dezember 2010.

in EUR Mio.	Netto-Position
USD	-3,071
CHF	82
JPY	-491
GBP	-500
Sonstige	-400
Summe	-4,380

Spreadänderungsrisiko

Als Spreadänderungsrisiko betrachtet die KF das Risiko von Barwertverlusten aufgrund von Creditspread-Änderungen. Steigende Creditspreads haben sowohl für das Wertpapier- und Darlehensportfolio als auch das CDS-Portfolio der KF einen negativen Barwerteffekt. Dieser Barwerteffekt wird für das Szenario einer Ausweitung aller Creditspreads um +1BP berechnet.

Per 31. Dezember 2010 betrug die Barwertsensitivität für das CDS-Portfolio EUR - 4,2 Mio. (2009: EUR - 4,8 Mio.), für das Wertpapierportfolio EUR - 4,6 Mio. (2009: EUR - 6,5 Mio.) und für das Darlehensportfolio EUR - 0,6 Mio. (2009: EUR - 1,1 Mio.). Die Reduktion der Spreadsensitivität seit Ende 2009 ist auf die erfolgten Portfoliomaßnahmen zurückzuführen. Aufgrund des geringen Anteils an zu Marktpreisen bewerteten Aktiva ist der G&V-relevante Teil des Spreadänderungsrisikos gering.

Optionsrisiko

Optionsrisiko besteht ausschließlich bei in einem Grundgeschäft (eigene Emission, Bond oder Swap) eingebetteten Optionen. Zur Messung und Begrenzung von nicht vollständig abgesicherten Optionsrisiken werden 16 Preisszenarien aus Volatilitäts- und Zinsänderungen berechnet. Das jeweils schlechteste Ergebnis dieser Szenarien (Worst-Case-Szenario) wird überwacht und limitiert.

Per 31. Dezember 2010 betrug das Optionsrisiko gemessen als Optionswertveränderung im Worst-Case-Szenario EUR - 1,6 Mio. (2009: EUR - 2,6 Mio.).

Basisrisiko

Basisrisiko besteht in der KF vor allem als das Risiko von Barwertverlusten aufgrund geänderter Basiswap-Spreads. Basiswap-Spreads sind der Ausgleich zwischen den zwei variablen Seiten eines kurzlaufenden Zinsswaps (Basiswap) mit unterschiedlichen Indikatoren, z. B. 3-Monats-Libor gegen 6-Monats-Libor. Bis zum Ausbruch der Finanzkrise wurden Basiswap-Spreads als vernachlässigbar erachtet und in der Bewertung von Finanzinstrumenten kaum berücksichtigt. Im Verlauf der Finanzkrise stiegen Basiswap-Spreads jedoch stark an und haben sich für den am häufigsten gehandelten Spread (3 Monate gegen 6 Monate) je nach Währung zwischen 0,1 % und 0,25 % stabilisiert. Basiswap-Spreads haben grundsätzlich Auswirkung auf die Bewertung von allen Finanzinstrumenten, die an Zinsindikatoren gebunden sind (z. B. variabel verzinsten Wertpapiere, Zinsswaps). Zur Messung des Basisrisikos wird die Barwertsensitivität, d. h. die Auswirkung einer Ausweitung aller Basiswap-Spreads um +1BP auf die Marktbewertung berechnet.

Per 31. Dezember 2010 betrug die Barwertsensitivität bezüglich Basiswap-Spread-Änderungen EUR - 2,5 Mio. Aufgrund des geringen Anteils an zu Marktpreisen bewerteten Aktiva ist der G&V-relevante Teil dieser Barwertsensitivität sehr gering.

Operationelles Risiko & Business Continuity Management

In der KF wird operationelles Risiko als die Möglichkeit von Verlusten aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignisse definiert. Auch das Rechtsrisiko und das Reputationsrisiko ist Teil des operationellen Risikos. Externe Ereignisse, die rein den Risikoarten Kreditrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko oder sonstigem Risiko zuzuordnen sind und keinen operationellen Hintergrund haben, fallen nicht unter diese Definition. Als klares Ziel des Operationellen Risikomanagements (ORM) wurde formuliert, operationelle Risiken nicht nur zu identifizieren und zu bewerten, sondern aus dem ORM-Prozess einen Mehrwert für die Bank zu generieren.

Die Verantwortlichkeiten im ORM-Prozess sind eindeutig geregelt, die Funktion des Operational-Risk-Officers ist in der KF verankert. In Abstimmung mit dem Operational-Risk-Officer ernannt das Management Operational-Risk-Correspondents (ORC), die als Ansprechpartner das Bindeglied zum Operationellen Risikomanagement darstellen und den ORM-Prozess unterstützen. Zusätzlich erhält der Operational-Risk-Officer der KF entsprechend den Vereinbarungen aus dem Service Level Agreement regelmäßige Berichte zu Ereignissen aus operationellem Risiko.

Als Instrumente für das Management operationeller Risiken stehen die Operationelle Ereignisdatenbank sowie Risk & Control-Self-Assessments zur Verfügung. Die Operationelle Ereignisdatenbank verkörpert dabei die vergangenheitsbezogene Sicht, d. h., realisierte Gewinne/Verluste aufgrund operationeller Ereignisse werden in der Datenbank erfasst und von den Linienverantwortlichen freigegeben. Operational Risk & Control-Self-Assessments stellen die zukunftsbezogene Sichtweise dar. Risiken werden identifiziert und einer subjektiven Bewertung auf ihren Risikogehalt hin unterzogen. Die Assessments werden in der KF als Coached-Self-Assessments durchgeführt, d. h., die Einschätzung und Beurteilung einzelner Risiken erfolgt durch die

Abteilungen selbst. Die Einträge aus der Ereignisdatenbank dienen dabei als Input und Feedbackschleife zur Neubewertung von Risiken. Das Management wird tourlich über operationale Risiken im Rahmen der RMC-Meetings informiert.

Das Business-Continuity-Management (BCM) orientiert sich an branchenüblichen Kriterien. Der Managementansatz garantiert ein umfassendes, angemessenes und effizientes betriebliches Kontinuitätsmanagement. Es beinhaltet die Erstellung und das Management der Kontinuitäts- und Wiederanlaufpläne sowie die Umsetzung von abgeleiteten Maßnahmen zur Reduktion von Unterbrechungen kritischer Geschäftsprozesse.

Die KF hat wesentliche Teile der Organisation über das Service Level Agreement (SLA) an die KA ausgelagert. Etwaige daraus entstehende Risiken sind gemäß SLA durch Haftungsübernahme durch die KA weitgehend abgedeckt (Schadensfälle über EUR 10.000) und dadurch für die KF wesentlich gemildert. An der Berücksichtigung des operationellen Restrisikos aus Auslagerungen wird derzeit im Rahmen des ICAAP-Reviews gearbeitet.

Basel II

Seit dem 1. Oktober 2010 verwendet die KF nach Bewilligung des Ansatzwechsels durch die FMA für alle Forderungsklassen den Standardansatz. Bis zum 30. September 2010 wurde für das Segment Unternehmen ein auf internen Ratings basierender Ansatz (Foundation IRB – FIRB) angewendet, für die Segmente Institute, Zentralstaaten und Gebietskörperschaften sowie Public-Sector-Entities und Spezialfinanzierungen wurde auch schon vor dem 1. Oktober 2010 der Standardansatz verwendet.

Für das operationelle Risiko kommt ebenfalls der Standardansatz zur Anwendung.

ICAAP

Die KF ist gemäß § 39a BWG dazu verpflichtet, die Adäquanz der Kapitalausstattung im Vergleich zu eingegangenen Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und operationellen Risiken zu überwachen (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP).

Zusätzlich zur regulatorischen Sichtweise werden dazu im Rahmen der monatlich durchgeführten Risikotragfähigkeitsanalyse die ökonomischen Risiken quantifiziert, aggregiert und der vorhandenen Risikodeckungsmasse gegenübergestellt. Die Ergebnisse werden monatlich im RMC berichtet und überwacht.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS)

Einleitung

Das IKS-Rahmenwerk der KF orientiert sich an den allgemein anerkannten Standards, wie z. B. den Regelungen des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) und besteht aus fünf zusammenhängenden Komponenten: Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung.

Das Ziel des IKS ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive und sich ständig verbessernde interne Kontrollen, vor allem in Hinsicht auf die Rechnungslegung und die Finanzberichterstattung zu gewährleisten. Das IKS ist einerseits auf die Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften und anderer-

seits auf die Schaffung von vorteilhaften Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen in den Schlüsselprozessen der Rechnungslegung und der Finanzberichterstattung ausgerichtet.

Kontrollumfeld

Der grundlegende Aspekt des Kontrollumfelds ist die Unternehmenskultur, in deren Rahmen das Management und die Mitarbeiter/innen operieren. Das Unternehmen hat aktiv an der Verbesserung der Kommunikation und der Vermittlung der unternehmenseigenen Grundwerte gearbeitet; ein höchstmögliches Niveau von Moral, Ethik und Integrität im Unternehmen und im Umgang mit anderen wird angestrebt.

Zentrale organisatorische Grundprinzipien sind die Vermeidung von Interessenkonflikten durch strikte Trennung von Markt und Marktfolge, die transparente Dokumentation von Kernprozessen und Kontrollschritten sowie eine konsequente Anwendung des Vier-Augen-Prinzips.

Die KF hat wesentliche Teile der Organisation über ein Service Level Agreement (SLA) an die KA ausgelagert. Dies betrifft insbesondere auch das Rechnungswesen, Meldewesen und damit verbunden Rechnungslegungs- und Meldeprozesse inklusive der damit verbundenen Kontrollen im Sinne des IKS. Alle im Rahmen des SLA ausgelagerten Tätigkeiten und die daraus resultierenden Ergebnisse liegen jedoch in der Letztverantwortung der Organe der KF. Eine wesentliche Zusatz-Kontrollfunktion hinsichtlich der Abnahme der Leistungen aus dem SLA nimmt der dazu implementierte Operating Officer wahr, der für die Sicherstellung der Vollständigkeit und Adäquanz für die Erfordernisse der KF mit dem Vorstand verantwortlich ist.

Leistungen der Internen Revision werden via SLA von der KA bezogen. Sie überprüft unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung der internen Vorschriften. Der Leiter der Internen Revision berichtet direkt an den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Risikobeurteilung

Das Risikomanagement der KF hat das Ziel, alle identifizierbaren Risiken aufzudecken und gegebenenfalls Maßnahmen zur deren Abwehr und Verhinderung einzuleiten. Dies beinhaltet auch die Risiken einer wesentlichen Fehldarstellung bei der Abbildung von Transaktionen.

Das Risikomanagementsystem umfasst alle Prozesse, die dazu dienen, Risiken zu identifizieren, zu analysieren und zu bewerten. Demzufolge werden Maßnahmen ergriffen, die verhindern sollen, dass das Erreichen der Unternehmensziele durch Risiken, die schlagend werden, beeinträchtigt wird.

Risiken werden durch das Management erhoben und überwacht. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich beurteilt wurden. Die von den zuständigen Stellen durchgeführten internen Kontrollmaßnahmen werden regelmäßig evaluiert.

Kontrollmaßnahmen

In der KF besteht ein Regelungssystem, welches Strukturen, Prozesse, Funktionen und Rollen innerhalb des Unternehmens festlegt. Dieses bestimmt explizit, wie mit Arbeitsanweisungen oder Arbeitsrichtlinien umzugehen ist bzw. wie diese zu befolgen sind. Dies betrifft vor allem die Informationsverarbeitung, die Dokumentation der gesendeten und empfangenen Informationen sowie die Vermeidung unerwünschter Käufe oder Verkäufe von Vermögensgegenständen, die eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss hätten. Zusätzlich zum Vorstand und Aufsichtsrat umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene der KF (Risk Officer, Portfolio Officer und Operating Officer) und Leistungen, die via SLA von der Internen Revision der KA bezogen werden.

Es wird darauf geachtet, dass sämtliche Kontrollmaßnahmen so umgesetzt werden, dass sichergestellt ist, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vorgebeugt bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der regelmäßigen Prüfung der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und der vertraglich vereinbarten Analyse der fortlaufenden Prozesse bei der Leistungserstellung des Dienstleisters. Der Bilanzierungs- und Budgetierungsprozess inklusive Kontrollschritte ist dokumentiert und unterliegt einem jährlichen Reviewprozess.

Kontrollmaßnahmen in Bezug auf die IT-Sicherheit stellen einen Eckpfeiler des IKS dar. So wird die Trennung von sensiblen Tätigkeiten durch eine restriktive Vergabe von IT-Berechtigungen unterstützt.

Information und Kommunikation

In der KF berichten der Risk Officer, der Portfolio Officer und der Operating Officer an den Vorstand, welcher seinerseits regelmäßig u. a. Monats- und Quartalsergebnisse an den Aufsichtsrat berichtet. Im Zusammenhang mit der Darstellung und Vermeidung von Interessenkonflikten berichten zudem die erwähnten Officer auch direkt an den Aufsichtsrat.

Die Informationstiefe richtet sich einerseits nach den von den Organen verlangten und andererseits nach der von den jeweiligen Officern für wichtig erachteten Information.

Dem Aufsichtsrat wird regelmäßig umfassend berichtet. Hier beinhaltet der Informationsfluss die Rechenwerke (Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung inklusive Kommentierung der wesentlichen Entwicklungen, Kapitalplanungsrechnungen) des Unternehmens wie auch Analysen zum Liquiditätsrisiko via SLA vom Bereich Treasury und Analysen zum Portfoliomanagement bzw. zu Portfolioabbaumaßnahmen des Portfolio Officers. Die Gesellschafter/Öffentlichkeit werden durch den Halbjahresfinanzbericht und den Jahresfinanzbericht informiert. Darüber hinaus wird den Erfordernissen von Ad-hoc-Meldungen entsprochen.

Überwachung

Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern/innen des Rechnungswesens, dem Operating Officer und dem Vorstand vor Weiterleitung an den Bilanzausschuss des Aufsichtsrates einer abschließenden Prüfung und ausdrücklichen Freigabe unterzogen.

Durch die Überwachung der Einhaltung sämtlicher Regeln soll eine möglichst große Sicherheit aller betrieblichen Abläufe und Prozesse und ein Einklang mit den bankweiten Vorschriften erlangt werden. Wenn Risiken und Kontrollschwächen aufgedeckt werden, werden Abhilfe- und Abwehrmaßnahmen von den Verantwortlichen zeitnah erarbeitet und die Umsetzung durch Follow-Up-Strukturen überwacht.

Um die Einhaltung auf Bankebene gewährleisten zu können, wird die Einhaltung der Vorgaben gemäß dem jährlich zu erstellenden Plan der Internen Revision zusätzlich überprüft.

Compliance und Geldwäsche

Der von der KF unterzeichnete Standard Compliance Code der österreichischen Kreditwirtschaft (SCC) enthält konkrete sowie über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinausgehende Anforderungen betreffend den fairen Umgang mit den Kunden und die Sicherung ihres Vertrauens.

Die KF verfügt über eine den gesetzlichen Bestimmungen und dem SCC entsprechende interne Compliance-Ordnung und eine Compliance-Organisation unter Leitung eines Compliance-Verantwortlichen. In Übereinstimmung mit dem SCC liegt der Schwerpunkt der Compliance-Ordnung der KF in der Verhinderung des Missbrauchs von Information, etwa durch Insiderinformationen oder Marktmanipulation. Darüber hinaus soll durch die Compliance-Organisation der KF die Verletzung jeglicher gesetzlicher oder interner Anforderungen schon im Vorfeld verhindert werden, um so möglichen Gefahren für die Reputation des Unternehmens zu begegnen. Seitens der Compliance werden auch die Aktualität der Compliance-Ordnung und ihre Einhaltung konzernweit sichergestellt.

Der Compliance-Verantwortliche der KF ist Ansprechstelle für alle Mitarbeiter/innen und informiert diese regelmäßig über die geltenden Anforderungen. Als Geldwäschebeauftragter hat der Compliance-Verantwortliche auch die Einhaltung der in §§ 40 bis 41 Bankwesengesetz normierten „Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung“ zu gewährleisten.

Die Beachtung aller für das Unternehmen relevanten gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften ist selbstverständliche Basis des täglichen Handelns der KF. Das Monitoring der Rechtsvorschriften dient der Sicherstellung eines entsprechend aktuellen Wissensstandes.

Prognosebericht

Die makroökonomische Gesamtlage wird im Jahr 2011 weiterhin durch die Verwerfungen an den Finanzmärkten gekennzeichnet sein. Während die Verunsicherung der Märkte durch die Entwicklungen im arabischen Raum und die Folgen des schweren Erdbebens in Japan gegeben ist, greifen auf europäischer Ebene langsam die stabilisierenden Maßnahmen der Europäischen Union. Basierend auf einem von den Schwellenländern getriebenen Wachstum der Weltwirtschaft wird die weitere Erholung der Europäischen Wirtschaft 2011 erwartet. So prognostiziert das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung für den Zeitraum 2011 bis 2015 ein reales Wirtschaftswachstum in Österreich und der Europäischen Union von durchschnittlich 2,2 % p. a. Diese leichte Erholung der Konjunktur wird, verbunden mit einer prognostizierten Inflationsrate der Europäischen Kommission für 2011 von rund 2,2 %, im Euroraum zu einer moderat restriktiveren Geldpolitik und somit zu einem leicht steigenden Zinsniveau führen.

Die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte wird in Europa zu einer Fortsetzung der Maßnahmen zur Stabilisierung öffentlicher Budgets und zur Verringerung von Defiziten führen. So konnten sich die EU-Länder bereits im März dieses Jahres auf einen neuen, permanenten Euro-Rettungsschirm (European Stability Mechanism – ESM) einigen, der mit einer Kapitalbasis von EUR 750,0 Mrd. ausgestattet für hoch verschuldete EU-Länder zur Verfügung stehen soll. Trotzdem wird weiterhin mit starken Marktvolatilitäten gerechnet, verstärkt durch das anhaltende prozyklische Verhalten der Ratingagenturen. Das Gesamtexposure der KF war zum Jahresabschluss zu 74 % dem EU-Raum zuzuordnen, insgesamt 51 % entfielen auf EU-17, i. e. Länder der Europäischen Währungsunion.

Die KF ist auf Basis der Eigentümerstruktur gut auf das gegenwärtig volatile Marktumfeld eingestellt. Die Ziele des Restrukturierungsplanes wurden in der nunmehr vorliegenden formalen Zustimmung der Europäischen Kommission gemäß Europäischem Beihilfenrecht bestätigt. Die bisherige Zielerreichung liegt über den Parametern des Restrukturierungsplanes. Die KF wird das bestehende Portfolio unter Bedachtnahme auf Werterholungspotenziale und Einbringung des bestmöglichen Eigenbeitrags weiter betreuen. Der Abbau von Risikopositionen in der Höhe von EUR 2,4 Mrd., davon EUR 1,5 Mrd. durch aktiven Verkauf ohne über Plan liegendem Kapitalbedarf, wird für das Geschäftsjahr 2011 angestrebt.

Grundsätzliches Ziel des Restrukturierungsplans ist, Wertaufholungen durch die abnehmende Duration des Portfolios zu nutzen (Pull-to-Par-Effekt) bzw. bei Eintritt einer Markterholung, den Portfolioabbau zu beschleunigen. Das Portfolio liegt mit einem durchschnittlichen Rating von A2 (Skalierung nach Moody's) mit 90,5 % im Investment-Grade-Bereich. Angesichts der bestehenden Obligi an europäische Staaten ist der Bestand der europäischen Unterstützungsmaßnahmen, wie insbesondere EFSF (European Financial Stability Facility) und ESM (European Stability Mechanism), auch weiterhin bedeutend.

Von staatlich garantierten Refinanzierungen von in Summe EUR 8,3 Mrd. werden 2011 in Summe EUR 3,7 Mrd. fällig. Nach geplanten Verlängerungen von EUR 1,5 Mrd. im Rahmen des Finanzmarktstärkungsgesetzes (FinStaG) für kurzfristige Refinanzierungsprogramme wird sich im Jahr 2011 der Stand an staatsgarantierten Refinanzierungen um EUR 2,2 Mrd. reduzieren. EUR 1,5 Mrd. konnten plangemäß am 31. Jänner 2011 getilgt werden; Geldmarktfrefinanzierungen der Clearingbank in Höhe von EUR 0,7 Mrd. wurden am 28. Februar 2011 rückgeführt. Es sind keine weiteren Beanspruchungen von Clearingbankmitteln geplant bzw. aufgrund des Auslaufens der Clearingbank möglich.

Für aushaftende staatsgarantierte Refinanzierungen sowie für die Besserungsscheinbürgschaft hat die KF bisher EUR 233,8 Mio. netto an Haftungsgebühren bis 31. Dezember 2010 geleistet. Für 2011 werden nach Abzug der beabsichtigten Beanspruchung des EUR 75,0 Mio. Rekapitalisierungsbeitrages Netto-Haftungsgebühren von EUR 89,9 Mio. geleistet. Es wird daher in absehbarer Zukunft kein positives Jahresergebnis bzw. kein positiver Bilanzgewinn erwartet. Somit ergibt sich, dass keine Ausschüttungen an Partizipations- und Ergänzungskapital erfolgen werden; dies wurde bereits gemäß 48d Börsegesetz in einer Ad-hoc-Meldung vom 17. November 2009 bekanntgegeben und ist nach wie vor aufrecht. Die Einhaltung einer Tier-1-Ratio von 7 % ist nach wie vor angestrebt.

Die KA Finanz AG ist zuversichtlich, trotz der vorherrschenden volatilen Rahmenbedingungen die oben geschilderten Ziele zu erreichen. Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der KF werden sich den gestellten, herausfordernden Aufgaben mit großem Engagement widmen.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, am 11. April 2011

Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung

Im Geschäftsjahr 2010 war die Gesellschaft mit der plangemäßen Umsetzung des Restrukturierungskonzeptes der vormaligen Kommunalkredit beschäftigt, aus welcher die nunmehrige KA Finanz AG hervorging. Bereits Mitte 2009 wurde ein diesbezüglicher Plan bei der Europäischen Kommission eingereicht, welcher am 31. März 2011 genehmigt wurde. Die KA Finanz AG hält demgemäß das nicht strategische Wertpapier- und Credit-Default-Swap-Portfolio der vormaligen Kommunalkredit Austria AG, sowie die Aktiva der früheren Tochtergesellschaft Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (KIB). Ziel der KA Finanz AG ist der fokussierte Abbau des Portfolios bei Minimierung des Einsatzes öffentlicher Ressourcen, Wahrung von Wert-erholungspotenzialen und höchstmögliche Eigenleistung.

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2010 die plangemäße Fusion der Kommunalkredit International Bank mit der KA Finanz AG genehmigt, welche mit Wirkung 18. September 2010 vollzogen wurde.

Der Aufsichtsrat hat sieben Sitzungen und zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses abgehalten und in diesen, wie auch durch Einholung der erforderlichen Informationen, seine nach Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über alle wichtigen Vorgänge und Vorkommnisse berichtet und sich intensiv insbesondere mit der Verschmelzung der Kommunalkredit International Bank auf die KA Finanz AG und mit dem strukturierten Abbau des bestehenden Portfolios befasst. Risikopositionen im Ausmaß von EUR 7,2 Mrd. wurden seit 3. November 2008 bis 31. Dezember 2010 abgebaut; bis Ende 2011 wird das Exposure plangemäß um insgesamt EUR 9,5 Mrd. reduziert worden sein.

Zwischen März und September 2010 fand eine Vor-Ort-Prüfung des Rechnungshofes über die Gebarung der KA Finanz AG statt. Das Prüfungsergebnis ist ausstehend.

Der Aufsichtsrat hat Ende Oktober 2010 einen Vergütungsausschuss eingerichtet.

Die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurde durch die PwC INTER-TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien vorgenommen. Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben, den gesetzlichen Vorschriften wurde entsprochen, weshalb der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung angeschlossen und in seiner Sitzung am 15. April 2011 den Jahresabschluss 2010 gebilligt, dieser ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat



Dr. Klaus Liebscher
Vorsitzender

Wien, 15. April 2011

Einzelabschluss

Bilanz der KA Finanz AG nach BWG

Aktiva in EUR		31.12.2010	31.12.2009
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken		317.040.400,77	545.890.381,05
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind		2.663.519.943,42	1.678.192.710,41
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	2.663.519.943,42		1.678.192.710,41
3. Forderungen an Kreditinstitute		3.958.337.889,76	9.897.778.236,24
a) täglich fällig	17.976.735,61		34.083.365,65
b) sonstige Forderungen	3.940.361.154,15		9.863.694.870,59
4. Forderungen an Kunden		3.524.041.621,27	2.088.404.987,69
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		5.232.227.848,00	2.556.682.533,88
a) von öffentlichen Emittenten	1.703.369.870,04		832.611.461,69
b) von anderen Emittenten	3.528.857.977,96		1.724.071.072,19
darunter:			
eigene Schuldverschreibungen	11.592.580,18		813.255.890,42
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		0,00	2.707.590,00
7. Beteiligungen		23.070,00	23.142,67
darunter:			
an Kreditinstituten	0,00		0,00
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		3.426.139,04	765.000,00
darunter:			
an Kreditinstituten	0,00		0,00
9. Sachanlagen		89.428,95	0,00
10. Sonstige Vermögensgegenstände		750.097.173,07	829.507.384,03
11. Rechnungsabgrenzungsposten		42.792.959,84	57.327.867,45
		16.491.596.474,12	17.657.279.833,42
Posten unter der Bilanz			
1. Auslandsaktiva		15.635.844.079,45	15.705.825.368,41

Passiva in EUR		31.12.2010	31.12.2009
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		6.375.167.004,63	8.378.806.964,77
a) täglich fällig	943.756.598,44		17.138.759,21
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	5.431.410.406,19		8.361.668.205,56
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		121.159.303,26	74.208.253,74
Sonstige Verbindlichkeiten			
darunter:			
aa) täglich fällig	0,00		2.586.255,14
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	121.159.303,26		71.621.998,60
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		8.283.498.471,94	7.659.061.716,82
a) begebene Schuldverschreibungen	7.616.668.068,84		6.827.015.850,49
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	666.830.403,10		832.045.866,33
4. Sonstige Verbindlichkeiten		711.505.817,63	798.395.227,49
5. Rechnungsabgrenzungsposten		76.522.521,30	51.442.111,15
6. Rückstellungen		139.735.913,27	16.300.459,81
a) sonstige	139.735.913,27		16.300.459,81
6A. Fonds für allgemeine Bankrisiken		95.000.000,00	0,00
7. Nachrangige Verbindlichkeiten		202.716.388,51	202.694.504,62
8. Ergänzungskapital		36.605.613,85	101.685.155,29
9. Partizipationskapital		434.126.750,00	434.126.750,00
10. Gezeichnetes Kapital		22.346.025,00	22.346.025,00
11. Kapitalrücklagen		144.351.162,04	69.351.162,04
a) gebundene	9.351.162,04		9.351.162,04
b) nicht gebundene	135.000.000,00		60.000.000,00
12. Gewinnrücklagen		118.551.020,86	118.551.020,86
a) gesetzliche Rücklage	0,00		0,00
b) andere Rücklagen	118.551.020,86		118.551.020,86
13. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG		76.091.088,46	76.091.088,46
14. Bilanzverlust		-345.780.606,63	-345.780.606,63
		16.491.596.474,12	17.657.279.833,42
Posten unter der Bilanz			
1. Eventualverbindlichkeiten		10.704.050.504,37	8.016.530.778,79
darunter:			
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen aus der Bestellung von Sicherheiten	10.704.050.504,37		8.016.530.778,79
2. Kreditrisiken		10.544.719,07	36.455.241,74
darunter:			
Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	0,00		0,00
3. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 BWG		927.431.055,27	749.370.879,46
darunter:			
Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 Z. 7 BWG	0,00		0,00
4. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1 BWG		584.149.161,73	395.996.055,35
darunter:			
erforderliche Eigenmittel gem. § 22 Abs. 1 Z. 1 und 4 BWG	583.847.559,25		395.786.890,00
5. Auslandspassiva		11.008.525.447,83	7.257.167.796,16

Gewinn- und Verlustrechnung der KA Finanz AG nach BWG

in EUR	31.12.2010		31.12.2009	
1. Zinsen und ähnliche Erträge darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	278.034.100,07	1.423.789.672,04	1.877.276.213,01	203.320.026,97
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.440.331.464,08	1.866.647.425,56	
I. Nettozinsertrag		-16.541.792,04	10.628.787,45	
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen a) Erträge aus anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,00	0,00	405.500,00	0,00
b) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,00		405.500,00	
4. Provisionserträge		20.857.176,48	22.857.369,83	
5. Provisionsaufwendungen		216.246.928,39	166.364.855,39	
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften		-17.114.622,26	-13.227.438,04	
7. Sonstige betriebliche Erträge		503.058,50	5.460.048,14	
II. Betriebserträge		-228.543.107,71	-140.240.588,01	
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen a) Personalaufwand	535.235,66	21.414.170,60	31.547.958,73	10.109.928,90
darunter:				
aa) Gehälter	461.451,67		7.402.307,99	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	73.750,22		2.000.044,89	
cc) Sonstiger Sozialaufwand	33,77		375.606,93	
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	0,00		416.790,47	
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	0,00		-106.124,90	
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	0,00		21.303,52	
b) Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	20.878.934,94		21.438.029,83	
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände		131.464,76	104.367,26	
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		4.706.942,54	46.197,50	
III. Betriebsaufwendungen		26.252.577,90	31.698.523,49	
IV. Betriebsergebnis		-254.795.685,61	-171.939.111,50	
11. Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken		152.408.767,40	-427.200.471,05	
12. Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet werden sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen		85.954.293,89	-663.822.892,05	
V. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-16.432.624,32	-1.262.962.474,60	
13. Außerordentliche Erträge		114.507.756,83	1.000.000.000,00	
14. Außerordentliche Aufwendungen darunter:		95.000.000,00	0,00	
Zuweisung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		95.000.000,00	0,00	
15. Außerordentliches Ergebnis		19.507.756,83	1.000.000.000,00	
16. Steuern vom Einkommen		-3.070.408,83	-252.639,57	
17. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 16 auszuweisen		-4.723,68	-3.826.730,90	
VI. Jahresfehlbetrag		0,00	-267.041.845,07	
18. Rücklagenbewegung darunter:	Dotierung (-)	Auflösung (+)		
Dotierung/Auflösung der Haftrücklage	0,00	0,00	0,00	267.041.845,07
	0,00	0,00		0,00
VII. Jahresverlust/Gewinn		0,00	0,00	
19. Ausschüttung auf das Partizipationskapital		0,00	0,00	
20. Gewinn-/Verlustvortrag		-345.780.606,63	-345.780.606,63	
VIII. Bilanzverlust		-345.780.606,63	-345.780.606,63	

Anhang zum Jahresabschluss der KA Finanz AG

1. Allgemeine Informationen

Die KA Finanz AG (im Folgenden KF) mit Sitz in 1090 Wien, Türkenstraße 9, ist als Spezialbank mit der Aufgabe der Abwicklung des nicht strategischen Geschäfts der ehemaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) betraut. Sie ist unter der Firmenbuchnummer 128283b beim Handelsgericht Wien eingetragen.

Die KF entstand im Zuge der Restrukturierung, die nach der Verstaatlichung der KA alt infolge der Finanzmarktkrise erforderlich war. Dabei wurde die KA alt in zwei Kreditinstitute aufgespalten: Die Kommunalkredit Austria AG (KA) übernahm das Kerngeschäft der KA alt, welches insbesondere das kommunale Darlehensgeschäft und das infrastrukturnahe Projektfinanzierungsgeschäft umfasst. In der KF verblieb das sonstige, nicht strategische Geschäft (insbesondere das Wertpapiergeschäft, das Credit-Default-Swap-Portfolio und die Anteile an der Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (KIB)). Unternehmens- und steuerrechtlicher Spaltungsstichtag war der 30. Juni 2009. Die Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch erfolgte am 28. November 2009. Damit wurde die Spaltung zivilrechtlich wirksam.

Ziel und Geschäftszweck der KF ist die bestmögliche Verwaltung und Verwertung des bestehenden Portfolios unter Minimierung des Mitteleinsatzes des Bundes. Zwar ist in der KF kein Neugeschäft in Darlehen, Wertpapieren oder CDS-Sell-Positionen geplant, zum Zweck des aktiven Managements des Portfolios betreibt die KF aber weiterhin aktive Bankgeschäfte, insbesondere auf der Refinanzierungsseite, aber auch im Derivatbereich in Form von Zins- und FX-Absicherungsgeschäften sowie Portfolioabsicherungsmaßnahmen.

Mit unternehmens- und steuerrechtlichem Verschmelzungsstichtag 31. Dezember 2009 wurde die KIB in die KF verschmolzen. Die Eintragung der Verschmelzung in das Firmenbuch erfolgte am 18. September 2010. Damit wurde die Verschmelzung zivilrechtlich wirksam und die Tochtergesellschaft in Zypern geschlossen. Die in diesem Abschluss dargestellten Vorjahreszahlen sind aufgrund der beiden genannten Umgründungen nicht vergleichbar.

Die Republik Österreich hält 99,78 % der Anteile an der KF, die restlichen Anteile werden vom Österreichischen Gemeindebund gehalten.

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung des positiven Abschlusses des EU-Beihilfverfahrens durch die Europäische Kommission erstellt. Die finale Genehmigung zum Beihilfverfahren wurde am 31. März 2011 durch die Europäische Kommission erteilt.

2. Verschmelzung der KIB auf die KF

Im Zuge der Verschmelzung wurden die Vermögensgegenstände aus der KIB zu UGB/BWG-Buchwerten gem. § 202 Abs. 2 UGB per 31. Dezember 2009 übernommen. Die Übernahme in die Bilanz der KF erfolgte mit der Eintragung ins Firmenbuch am 18. September 2010.

Die Verschmelzung hatte auf die Bilanz der KF folgende Auswirkungen:

in EUR 1.000	Schlussbilanz KF 31.12.2009	Effekt Verschmelzung	Eröffnungsbilanz 1.1.2010
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken	545.890,38	13.776,34	559.666,72
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	30.904,89	0,00	30.904,89
3. Forderungen an Kreditinstitute	9.897.778,24	-4.268.663,29	5.629.114,95
4. Forderungen an Kunden	2.088.404,99	3.384.146,09	5.472.551,08
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.203.970,36	2.443.268,14	6.647.238,49
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.707,59	0,00	2.707,59
7. Beteiligungen	23,14	0,00	23,14
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	765,00	2.679,30	3.444,30
9. Sachanlagen	0,00	1.685,11	1.685,11
10. Sonstige Vermögensgegenstände	829.507,38	104.144,20	933.651,58
11. Rechnungsabgrenzungsposten	57.327,87	1.977,19	59.305,05
Aktiva	17.657.279,83	1.683.013,07	19.340.292,90

in EUR 1.000	Schlussbilanz KF 31.12.2009	Effekt Verschmelzung	Eröffnungsbilanz 1.1.2010
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.378.806,96	1.219.825,47	9.598.632,43
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	74.208,25	80.000,00	154.208,26
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	7.659.061,72	5.627,17	7.664.688,89
4. Sonstige Verbindlichkeiten	798.395,23	173.431,99	971.827,21
5. Rechnungsabgrenzungsposten	51.442,11	28.403,00	79.845,11
6. Rückstellungen	16.300,46	61.217,69	77.518,15
7. Nachrangige Verbindlichkeiten	202.694,50	0,00	202.694,50
8. Ergänzungskapital	101.685,16	0,00	101.685,16
9. Partizipationskapital	434.126,75	0,00	434.126,75
10. Gezeichnetes Kapital	22.346,03	0,00	22.346,03
11. Kapitalrücklagen	69.351,16	0,00	69.351,16
12. Gewinnrücklagen und Jahresgewinn	118.551,02	0,00	118.551,02
13. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG	76.091,09	0,00	76.091,09
14. Bilanzverlust/Gewinn	-345.780,61	114.507,76	-231.272,85
Passiva	17.657.279,83	1.683.013,07	19.340.292,90

Im Jahr 2010 wurde die Abschreibung der Zwischenrefinanzierung der KF an die KIB von TEUR 423.392,0 auf TEUR 328.150,0 reduziert. Dies ist die wesentliche Komponente im außerordentlichen Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung. In Summe wurden seit dem Jahr 2008 TEUR 543.607,2 aus der Abschreibung des KIB-Beteiligungsansatzes (TEUR 234.723,5) und aus Refinanzierungsabschreibungen negativ ergebniswirksam.

Aufgrund der dargestellten Effekte im Zusammenhang mit der Verschmelzung sind die Vergleichszahlen für Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung aus dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar.

3. Angewendete Rechnungslegungsvorschriften

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den relevanten Vorschriften des BWG (Bankwesengesetz) und den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des UGB (Unternehmensgesetzbuch) aufgestellt.

4. Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften

Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt. Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes insofern Rechnung getragen, als nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste bei der Bewertung berücksichtigt wurden.

Währungsumrechnung

Berichtswährung ist der Euro. Die auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden gemäß § 58 Abs. 1 BWG zu den von der Europäischen Zentralbank (EZB) bekannt gegebenen Devisenkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Noch nicht abgewickelte Termingeschäfte werden zum Terminkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Forderungen

Forderungen, die von Dritten erworben wurden, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Alle übrigen Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit dem Nennwert angesetzt.

Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Für die Berechnung der pauschalen Einzelwertberichtigung werden die Forderungen in homogene Portfolios mit vergleichbaren Risikomeerkmalen gruppiert. Die Quantifizierung erfolgt auf Basis des erwarteten Verlustes unter Verwendung von ratingabhängigen Ausfallswahrscheinlichkeiten und unter Berücksichtigung der Zeitdauer zwischen Eintritt und Erkennen des Ausfalls („Loss Identification Period“).

Weiters wurde aus Gründen der Vorsicht in Anbetracht der besonderen bankgeschäftlichen Risiken eine Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG gebildet.

Wertpapiere

Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden dem Anlagevermögen zugeordnet.

Wertpapiere, die mit Handelsabsicht erworben werden, werden dem Handelsbuch zugeordnet. Es gibt keine Wertpapiere, die dem Handelsbuch gewidmet sind.

Wertpapiere, die weder dem Anlagevermögen noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden als Wertpapiere des Umlaufvermögens klassifiziert.

Die Bewertung erfolgte mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips für das Anlagevermögen und des strengen Niederstwertprinzips für das Umlaufvermögen.

Für Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bewertet werden und die ab dem Geschäftsjahr 2001 angeschafft wurden, wird vom Wahlrecht der zeitanteiligen Abschreibung von über dem Rückzahlungsbetrag liegenden Anschaffungskostenbeträgen Gebrauch gemacht. Die zeitanteilige Zuschreibungsmöglichkeit auf den höheren Rückzahlungsbetrag wird ebenfalls in Anspruch genommen. Wertpapiere des Anlagevermögens, die vor dem Geschäftsjahr 2001 angeschafft wurden und deren Anschaffungskosten über dem Rückzahlungsbetrag lagen, werden gemäß § 56 Abs. 2 BWG mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert. Waren die Anschaffungskosten dieser Wertpapiergruppe niedriger als der Rückzahlungsbetrag, so wird der Unterschiedbetrag, beginnend mit dem 1. Jänner 2001, über die verbleibende Restlaufzeit verteilt.

Die Unterschiedsbeträge gem. § 56 Abs. 2 BWG und § 56 Abs. 3 BWG stellen sich wie folgt dar:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 2 BWG (Unterschied zwischen dem höheren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	87.205.202,09	23.185.275,30
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 3 BWG (Unterschied zwischen dem niedrigeren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	170.904.076,22	48.620.561,10

Weiters ergeben sich bei den Wertpapieren des Anlagevermögens folgende stille Lasten bzw. stille Reserven:

Ermittlung stille Lasten in EUR	31.12.2010	31.12.2009
Buchwert	5.746.237.918,22	3.543.717.651,09
Beizulegender Zeitwert	4.895.030.936,59	3.181.784.943,19
Stille Lasten	-851.206.981,63	-361.932.707,90

Ermittlung stille Reserven in EUR	31.12.2010	31.12.2009
Buchwert	3.868.679.914,10	2.735.409.754,15
Beizulegender Zeitwert	4.181.541.639,56	2.848.306.025,06
Stille Reserven	312.861.725,46	112.896.270,91

Alle Wertpapiere, bei denen ein Rating-Downgrade von mehr als zwei Notches erfolgt bzw. bei denen ein Kursverfall von über 20 % beobachtet wird, werden regelmäßig analysiert und bewertet. Auf Basis dieser Analysen war über die bestehenden Wertberichtigungen hinaus keine außerplanmäßige Abschreibung gem.

§ 204 Abs. 1 Z 2 UGB erforderlich. Die Veränderung der stillen Lasten und stillen Reserven im Vergleich zum Vorjahr ist wesentlich durch die Verschmelzung mit der KIB bedingt.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vom Wahlrecht des § 208 Abs. 2 UGB, wonach ein niedrigerer Wertansatz auch bei Wegfall der Gründe einer Abschreibung beibehalten werden darf, wird nicht Gebrauch gemacht.

Bei den Wertpapieren des Umlaufvermögens ergeben sich folgende stille Reserven:

Ermittlung stille Reserven in EUR	31.12.2010	31.12.2009
Buchwert	371.526.892,09	106.323.076,81
Beizulegender Zeitwert	381.805.072,45	110.247.862,53
Stille Reserven	10.278.180,36	3.924.785,72

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bewertet, sofern nicht anhaltende Verluste oder verringertes Eigenkapital eine Abwertung auf das anteilige Eigenkapital oder auf den Ertragswert erforderlich machen.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Agio-/Disagioträge sowie bis zum Geschäftsjahr 2002 aktivierte Emissionskosten und Zuzählungsprovisionen werden auf die Laufzeit der Schuld linear verteilt. Zerobonds werden nach der Nettomethode bilanziert.

Die im Zuge einer Emission anfallenden Kosten, die unmittelbar mit der Geldbeschaffung in Zusammenhang stehen, werden direkt in den Aufwand übernommen. Die weitere Differenz zwischen Emissionserlös und Rückzahlungsbetrag (Agio/Disagio) wird als Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert bzw. passiviert und als Zinskomponente linear über die Laufzeit ins Zinsergebnis verteilt.

Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehenden Verbindlichkeiten.

Credit-Default-Swaps

Credit-Default-Swaps werden je nach Vertragsgestaltung als Derivat oder als Eventualverbindlichkeit behandelt:

- CDS-Verträge, bei denen Zahlungen von der Änderung von Bonitätsrating/-index oder einem Kreditrisikoaufschlag abhängig sind (Trigger):
Behandlung als Derivat; Einzelbewertung und Bildung einer Drohverlustrückstellung in Höhe eines allfälligen negativen beizulegenden Zeitwertes zum Bilanzstichtag. Positive beizulegende Zeitwerte werden nicht berücksichtigt; das strenge Niederstwertprinzip wird beibehalten.

- CDS ohne Trigger:

Behandlung als Eventualverbindlichkeit; Bildung von Drohverlustrückstellungen – analog der Methodik für Einzelwertberichtigungen – nach dem zu erwarteten Verlust.

Die KF verfügt ausschließlich über CDS-Verträge ohne Trigger.

Für CDS-Buy-Positionen, die zur Absicherung von CDS-Sell- oder Wertpapierpositionen abgeschlossen wurden, wird im Falle von negativen Marktwerten bzw. aufgrund von durch den Hedge fixierten negativen Spreads, eine Drohverlustrückstellung gebildet.

Derivate

Swap-Geschäfte werden in der KF ausschließlich zur Absicherung gegen Zinsänderungs- und/oder Währungsrisiken abgeschlossen, wobei die Absicherung entweder auf Einzelgeschäftsebene (Bewertungseinheit) oder durch Steuerung auf Gesamtbankebene (Makro-Hedge) erfolgt. Werden negative Swap-Marktwerte am Bilanzstichtag nicht vollständig durch die gegenläufigen, zinsinduzierten Ertragseffekte der Grundgeschäfte kompensiert, so erfolgt für den verbleibenden negativen Wert die Bildung einer Drohverlustrückstellung. Die mit den Swap-Kontrakten verbundenen Zinsansprüche werden laufzeitkonform abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung brutto dargestellt.

5. Erläuterungen zur Bilanz

Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind

In diesem Posten werden Wertpapiere öffentlicher Stellen, die bei der EZB refinanzierbar sind, ausgewiesen. Im Vorjahr wurden in diesem Posten lediglich österreichische Staatsanleihen gezeigt. Der geänderte Ausweis machte eine Umgliederung der Vorjahreswerte notwendig.

Von den Schuldtiteln öffentlicher Stellen werden im Jahr 2011 Werte in Höhe von EUR 63.000.000,00 (2010: EUR 0,00) fällig.

Am Bilanzstichtag waren ein Volumen von EUR 2.622.755.909,72 (31.12.2009: EUR 1.678.192.710,41) dem Anlagevermögen sowie EUR 40.764.033,70 (31.12.2009: EUR 0,00) dem Umlaufvermögen gewidmet.

Der Buchwert der in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt EUR 213.533.630,07 (31.12.2009: EUR 0,00).

In dieser Position sind keine nachrangigen Forderungen enthalten. Weiters sind in dieser Position keine Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivativ- und CDS-Geschäften (Collaterals)	2.905.452.206,43	1.335.634.194,89
Darlehen	662.768.352,48	713.480.492,19
Nicht börsennotierte Wertpapiere	514.038.730,72	3.117.575.607,24
Guthaben bei Kreditinstituten	18.448.453,21	24.567.859,99
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG ¹⁾	-135.335.221,78	-135.000.000,00
Einzelwertberichtigungen (2009 enthält v. a. Wertberichtigungen von Refinanzierungsforderungen an die KIB)	-7.034.631,30	-486.357.944,01
Geldmarkt-Veranlagungen	0,00	5.322.027.611,43
Sonstiges	0,00	5.850.414,51
Summe	3.958.337.889,76	9.897.778.236,24
davon		
Forderungen an verbundene Unternehmen	0,00	7.551.943.673,92
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
Forderungen aus Wechsel	0,00	0,00
Nachrangige Forderungen	19.863.348,72	114.623.892,56
In Pension gegebene Wertpapiere	117.145.806,44	0,00

1) Die Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG beträgt insgesamt EUR 165.335.221,78 (31.12.2009: EUR 165.000.000,00) und ist in den Posten „Forderungen an Kreditinstitute“, „Forderungen an Kunden“ und „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthalten.

Der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute liegt vor allem an der Verschmelzung mit der KIB und den dadurch weggefallenen Forderungen an die KIB.

Die nicht täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
a) Bis 3 Monate	96.228.923,94	1.197.450.077,45
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.173.175.263,99	6.827.614.649,23
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	630.253.385,38	1.436.383.682,04
d) Mehr als 5 Jahre	176.038.802,62	537.246.461,87
e) Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-135.335.221,78	-135.000.000,00
Summe	3.940.361.154,15	9.863.694.870,59

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
Nicht börsennotierte Wertpapiere	2.315.011.754,50	1.807.538.925,99
Darlehen	1.273.344.451,01	342.975.956,42
Einzelwertberichtigungen	-39.371.699,39	-10.118.916,01
Pauschale Einzelwertberichtigungen	-1.942.884,85	-28.990.978,71
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-23.000.000,00	-23.000.000,00
Summe	3.524.041.621,27	2.088.404.987,69
davon		
Forderungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
Forderungen aus Wechsel	22.875.379,53	0,00
In Pension gegebene Wertpapiere	122.331.565,37	0,00

Die nicht täglich fälligen Forderungen an Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
a) Bis 3 Monate	39.639.916,57	19.357.245,53
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	107.027.422,79	59.047.087,32
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	460.340.357,39	107.190.288,23
d) Mehr als 5 Jahre	2.938.291.703,52	1.954.902.831,40
e) Pauschale Einzelwertberichtigung	-1.942.884,85	-28.990.978,71
f) Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-23.000.000,00	-23.000.000,00
Summe	3.520.356.515,42	2.088.506.473,77

Der Anstieg der Forderungen gegenüber Kunden ist vor allem auf die Verschmelzung mit der KIB zurückzuführen.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	1.707.880.265,65	839.543.117,51
Einzelwertberichtigungen	-4.483.805,55	-4.478.978,90
Pauschale Einzelwertberichtigungen	-26.590,06	-2.452.676,92
	1.703.369.870,04	832.611.461,69
Wertpapiere von anderen Emittenten	3.559.178.850,72	1.775.886.866,19
Einzelwertberichtigungen	-23.305.198,43	-44.815.794,00
Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG	-7.000.000,00	-7.000.000,00
Pauschale Einzelwertberichtigungen	-15.674,33	0,00
	3.528.857.977,96	1.724.071.072,19
Summe	5.232.227.848,00	2.556.682.533,88
davon		
Forderungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
Nachrangige Forderungen	44.355.234,32	30.760.436,65
Eigene Emissionen	11.592.580,18	813.255.890,42
In Pension gegebene Wertpapiere	1.275.027.517,72	0,00

Alle in der Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Papiere sind börsennotiert.

Am Bilanzstichtag war ein Volumen von EUR 4.541.980.124,27 (31.12.2009: EUR 2.380.303.779,72) dem Anlagevermögen sowie ein Volumen von EUR 690.247.723,73 (31.12.2009: EUR 176.378.754,16) dem Umlaufvermögen gewidmet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im Jahr 2011 Werte in Höhe von EUR 544.838.014,14 (2010: EUR 962.618.766,12) fällig.

Der Anstieg der Schuldverschreibungen ist im Wesentlichen auf die Verschmelzung mit der KIB zurückzuführen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Zusammensetzung der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (sämtliche sind nicht börsennotiert) einschließlich der Darstellung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ist Anlage I zu entnehmen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die Entwicklung der Sachanlagen und der immateriellen Vermögensgegenstände wird im Anlagenspiegel (Anlage 2) dargestellt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ beinhaltet folgende Posten:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
Zinsabgrenzungen von Derivaten im Bankbuch	394.292.512,85	569.958.884,88
Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch	336.742.093,62	202.370.409,46
Sonstiges	19.062.566,60	57.178.089,69
Summe	750.097.173,07	829.507.384,03
davon erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam	395.048.054,31	570.092.843,72

Die Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch ergibt sich aus der Änderung von Fremdwährungskursen zwischen dem Abschlusszeitpunkt von Währungsswaps und dem Bilanzstichtag. Dieser Bewertung stehen Fremdwährungsbewertungen von Aktiv- und Passivbeständen sowie negative Fremdwährungsbewertungen von Derivaten, welche unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, gegenüber.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten Folgendes:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
Aktivierete Ausgabedisagios von begebenen Schuldverschreibungen	19.176.317,60	20.089.415,72
Abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften	23.588.467,83	37.215.110,95
Sonstiges	28.174,41	23.340,78
Summe	42.792.959,84	57.327.867,45

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die nicht täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
a) Bis 3 Monate	575.744.381,01	4.249.909.034,54
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.359.739.117,74	3.382.051.410,36
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.498.464.992,73	125.000.000,00
d) Mehr als 5 Jahre	997.461.914,71	604.707.760,66
Summe	5.431.410.406,19	8.361.668.205,56

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind keine Verbindlichkeiten (31.12.2009: EUR 12.572.227,43) gegenüber verbundenen Unternehmen sowie unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die nicht täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
a) Bis 3 Monate	79.205.226,87	3.775,28
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	33.054.076,39	35.214.138,75
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,00	0,00
d) Mehr als 5 Jahre	8.900.000,00	36.404.084,57
Summe	121.159.303,26	71.621.998,60

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind keine Verbindlichkeiten (31.12.2009: EUR 1.431.670,88) gegenüber verbundenen Unternehmen und unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Im Jahr 2011 werden von den begebenen Schuldverschreibungen Nominalwerte in Höhe von EUR 3.000.000.000,00 (2010: EUR 1.218.509.032,08), von den anderen verbrieften Verbindlichkeiten EUR 433.363.011,85 (2010: EUR 682.624.413,73) fällig.

In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

In dieser Position sind staatsgarantierte Eigenemissionen mit einem Gesamtnominale von EUR 7.585.077.312,00 (31.12.2009: EUR 6.769.704.286,08) enthalten, die unter dem Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) begeben wurden. Im Geschäftsjahr 2010 fielen dafür Aufwendungen für Haftungsentgelte in Höhe von EUR 78.287.395,72 an.

Sonstige Verbindlichkeiten

In den „Sonstigen Verbindlichkeiten“ sind folgende Positionen enthalten:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
Zinsabgrenzungen von Derivaten	422.287.538,38	550.825.599,80
Fremdwährungsbewertungen von Derivaten im Bankbuch	246.311.263,79	219.473.253,81
Abgrenzung Haftungsprovisionen	20.074.361,25	14.321.855,81
Sonstige	22.832.654,21	13.774.518,07
Summe	711.505.817,63	798.395.227,49
davon erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam	422.477.729,39	550.924.783,75

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten Folgendes:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
Abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften	72.893.292,26	48.483.652,34
Über die Laufzeit abgegrenzte CDS-Gebühren	1.222.161,43	1.427.073,32
Sonstiges	2.407.067,61	1.531.385,49
Summe	76.522.521,30	51.442.111,15

Rückstellungen

Die Rückstellungen betragen zum 31. Dezember 2010 EUR 139.735.913,27 (31.12.2009: EUR 16.300.459,81) und resultieren im Wesentlichen aus Drohverlustrückstellungen für zu Sicherungszwecken abgeschlossene Swap-Verträge in Höhe von EUR 69.325.131,72 (31.12.2009: EUR 0,00) und Absicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem CDS-Portfolio (CDS-Buy-Verträge) in Höhe von EUR 35.150.714,00 (31.12.2009: EUR 13.575.200,00).

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zur Deckung besonderer bankgeschäftlicher Risiken aus Gründen der Vorsicht hat die KF im Jahr 2010 erstmalig den Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von EUR 95.000.000,00 dotiert.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten stellen sich per 31. Dezember 2010 wie folgt dar:

ISIN	Zinssatz	Laufzeit bis	Währung	Nominale in EUR	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital
AT0000329768	6,25	12.03.2012	EUR	4.360.369,80	Ausgeschlossen	nein
AT0000329941	5,5	23.07.2013	EUR	10.900.924,50	Ausgeschlossen	nein
XS0267751245	1,314	20.09.2016	EUR	30.000.000,00	Emittent bei Steuerevent; nach Wahl des Emittenten ab 09/2011	nein
XS0286975973	1,25	28.02.2017	EUR	40.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	nein
XS0140045302	6,08	13.12.2018	EUR	19.500.000,00	Emittent	nein
XS0255270380	3,37	07.06.2021	EUR	5.000.000,00	Ausgeschlossen	nein
XS0144772927	6,46	27.03.2022	EUR	5.000.000,00	Emittent	nein
XS0185015541	5,43	13.02.2024	EUR	20.000.000,00	Emittent	nein
AT0000441209	5	27.02.2024	EUR	20.000.000,00	Emittent	nein
XS0279423775	4,44	20.12.2030	EUR	35.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	nein
XS0257275098	4,9	23.06.2031	EUR	10.000.000,00	nach Wahl des Emittenten am 23.06.2016	nein
				199.761.294,30		

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Bedingungen des § 23 Abs. 8 BWG.

In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Ergänzungskapital

Das Ergänzungskapital stellt sich per 31. Dezember 2010 wie folgt dar:

ISIN	Zinssatz	Laufzeit bis	Währung	Nominale in EUR	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital
AT0000329966	5,1875	30.09.2011	EUR	4.408.624,34	Ausgeschlossen	nein
AT0000320890	5,875	19.11.2012	EUR	5.687.250,00	Ausgeschlossen	nein
XS0284217709	4,26	08.02.2019	EUR	7.583.000,00	Ausgeschlossen	nein
XS0270579856	1,629	25.10.2021	EUR	18.957.500,00	Emittent	nein
				36.636.374,34		

Das Ergänzungskapital zum 31. Dezember 2009 betrug EUR 101.685.155,29, der Rückgang 2010 resultiert aus der vorzeitigen Tilgung von Emissionen im Nominale von EUR 64.521.546,71.

Zum Bilanzstichtag sind keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (31.12.2009: EUR 60.722.978,89) enthalten.

Das Ergänzungskapital erfüllt die Bedingungen des § 23 Abs 7 BWG. Aufgrund des ausgeglichenen Jahresergebnisses vor Rücklagenbewegung erfolgt gemäß Emissionsbedingungen und gesetzlicher Regelungen 2011 keine Zahlung von gewinnabhängigen Kupons. Entsprechende Ad-hoc-Mitteilungen gem. § 48 d Börsegesetz wurden bereits in den Vorjahren publiziert. Für diese Zinskupons wird in der Bilanz keine Verbindlichkeit angesetzt.

Partizipationskapital

Das Partizipationskapital beträgt zum 31. Dezember 2010 unverändert zum Vorjahr EUR 434.126.750,00.

Das Partizipationskapital entspricht aufgrund seiner Ausstattung den Bestimmungen des § 23 Abs. 4 BWG und ist dem Kernkapital der Bank zuzurechnen.

Mangels ausschüttungsfähigem Gewinn in der Einzelbilanz der KF nach BWG wird das Partizipationskapital 2011 (für den Zeitraum 2010) gemäß Emissionsbedingungen und gesetzlicher Regelungen nicht bedient werden. Entsprechende Ad-hoc-Mitteilungen gem. § 48 d Börsegesetz wurden bereits in den Vorjahren publiziert.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital beläuft sich auf EUR 22.346.025,00 und ist in 307.500 Stückaktien eingeteilt. Die Aktien lauten auf Inhaber, jede Stückaktie repräsentiert einen Anteil von EUR 72,67 am Grundkapital. Sämtliche Anteile sind voll einbezahlt. Zum 31. Dezember 2010 besteht kein genehmigtes Kapital.

Zum 31. Dezember 2010 und während des Geschäftsjahres befanden sich keine eigenen Aktien im Bestand der KF.

Kapitalrücklage

a) gebundene Kapitalrücklage

Zum Bilanzstichtag betrug die gebundene Kapitalrücklage EUR 9.351.162,04 (31.12.2009: EUR 9.351.162,04).

b) nicht gebundene Kapitalrücklage

Die nicht gebundene Kapitalrücklage beträgt EUR 135 Mio. (31.12.2009: EUR 60 Mio.) und beinhaltet ausschließlich Gesellschafterzuschüsse der Republik Österreich. Die Republik Österreich sagte der KF im Zuge der Kapitalisierungsvereinbarung vom 17. November 2009 für den Zeitraum vom Wirksamkeitstag der Spaltung bis 31. Dezember 2013 die Zuführung von Restrukturierungsbeiträgen durch Umwidmung und Saldierung von der KF an die Republik Österreich zu leistende Haftungsentgelte zu; und zwar in Höhe von max. EUR 60,0 Mio. im Jahr 2009 sowie jeweils jährlich weiteren max. EUR 75,0 Mio. in den Jahren 2010 bis 2013. Zweck der Restrukturierungsbeitragsvereinbarung ist die Sicherstellung der vertraglich vereinbarten 7%-Tier-1-Ratio. In den Jahren 2009 sowie 2010 wurde daher aus diesem Grunde der jeweils maximal mögliche Restrukturierungsbeitrag von EUR 60,0 Mio. bzw. EUR 75,0 Mio. gewandelt und in die nicht gebundene Kapitalrücklage eingestellt.

Gewinnrücklage

Zum Bilanzstichtag betrug die freie Gewinnrücklage unverändert EUR 118.551.020,86.

Hafrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG

Zum Bilanzstichtag betrug die Hafrücklage unverändert EUR 76.091.088,46.

6. Positionen unter der Bilanz

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Credit-Default-Swaps (CDS) in Höhe von EUR 10.464.719.731,13 (31.12.2009: EUR 7.916.530.778,79). Der Anstieg der CDS im Jahr 2010 resultiert ausschließlich aus der Verschmelzung mit der KIB (Zugang im Nominale von EUR 2,77 Mrd.) und aus Wechselkurschwankungen. Die Credit-Default-Swaps weisen zum 31. Dezember 2010 einen negativen Marktwert von EUR 986.412.657,67 (31.12.2009: EUR 425.285.448,07) auf. Bei sämtlichen CDS wurde die Wahrscheinlichkeit einer drohenden Inanspruchnahme geprüft und analysiert. Auf Basis dieser Analysen waren über die gebildeten Drohverlustrückstellungen hinaus keine weiteren Vorsorgen erforderlich.

Weiters werden Haftungskredite von EUR 239.330.773,24 (31.12.2009: EUR 100.000.000,00) ausgewiesen.

Als Sicherheit für Verbindlichkeiten Dritter wurden zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres keine Forderungen gegenüber Kreditinstituten oder andere Gläubiger verpfändet.

Als Sicherheiten aus ISDA-/CSA-Vereinbarungen wurden Guthaben bei Kreditinstituten mit einem Nominale von EUR 2.904.173.250,00 (31.12.2009: EUR 1.335.247.588,00) gestellt.

Im Rahmen einer besicherten Wertpapierleihe wurden Wertpapiere mit einem Nominale von EUR 300 Mio. beliehen.

Kreditrisiken

Die Kreditrisiken betreffen offene Rahmen und Promessen aus dem laufenden Kreditgeschäft in Höhe von EUR 10.544.719,07 (31.12.2009: EUR 36.455.241,74).

7. Ergänzende Angaben

Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf fremde Währung lauten

In der Bilanz sind Aktiva, die auf fremde Währung lauten, in Höh€ von EUR 6.180.408.626,14 (31.12.2009: EUR 5.037.351.642,39) enthalten. Die Passiva in fremder Währung betragen EUR 1.535.848.100,90 (31.12.2009: EUR 3.074.281.839,92). Offene Währungspositionen werden über entsprechende Swap-Kontrakte geschlossen.

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte

Zur Absicherung von Währungs- und Zinsänderungsrisiken wurden folgende am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte im Bankbuch eingegangen:

31.12.2010 in EUR	Kaufkontrakt	Verkaufkontrakt	Marktwert	Sonstige Forderung	Sonstige Verbindlichkeit
Zinsswaps	39.305.157.920	39.305.157.920	-1.149.796.577	385.578.759	412.545.501
davon strukturiert	6.053.636.917	6.053.636.917	-189.891.525	36.312.047	40.951.827
Zins-/Währungsswaps	2.162.646.423	2.017.323.737	-50.279.893	8.713.754	9.742.037
davon strukturiert	340.906.138	289.123.279	-101.667.795	41.719	541.655
Währungsswaps	4.421.194.737	4.477.098.259	-57.520.564	1.348.344	592.501
Optionen	1.000.000.000	1.000.000.000	0	0	0
CDS	0	0	0	0	0
Summe	46.888.999.080	46.799.579.916	-1.257.597.034	395.640.857	422.880.039

31.12.2009 in EUR	Kaufkontrakt	Verkaufkontrakt	Marktwert	Sonstige Forderung	Sonstige Verbindlichkeit
Zinsswaps	52.279.265.222	52.279.265.222	-391.868.874	558.744.904	538.885.373
davon strukturiert	8.233.848.425	8.233.848.425	-41.615.253	47.034.503	48.377.057
Zins-/Währungsswaps	2.638.620.919	2.601.586.761	26.419.772	11.213.981	11.940.226
davon strukturiert	51.058.397	48.157.232	-5.481.711	41.719	541.655
Währungsswaps	7.692.020.673	7.635.140.089	-54.330.441	1.500.278	2.588.742
Optionen	1.000.000.000	1.000.000.000	0	0	0
Summe	63.609.906.814	63.515.992.072	-419.779.543	571.459.163	553.414.341

Die barwertige Bewertung der Swaps (Interest-Rate-Swaps, Cross-Currency-Interest-Rate-Swaps, FX-Swaps) erfolgt in den Basissystemen auf Grundlage der Discounted-Cashflow-Methode unter Verwendung aktueller Zinskurven. Dabei wird auch der Effekt durch Basisswap-Spreads berücksichtigt. Eingebettete Optionalitaten werden mithilfe geeigneter Optionsbewertungsmodelle bewertet. Dabei finden Hull-White- und Libor-Market-Modelle im Zinsbereich Anwendung, sowie Jarrow-Yildirim-Modelle für inflationsgelinkte Derivate.

Nach Abzug von positiven, zinsinduzierten Erträgen aus abgesicherten Grundgeschäften verbleiben negative beizulegende Zeitwerte zum 31. Dezember 2010 in Höh€ von EUR 36.673.711,00, für welche eine entsprechende Drohverlustrückstellung gebildet wurde.

Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten

Die Aufwendungen für sämtliche nachrangige Verbindlichkeiten betragen im Berichtsjahr 2010 EUR 5.862.379,41 (31.12.2009: EUR 8.442.845,52).

Rechtsstreitigkeiten

Rechtsrisiken sind Verlustrisiken aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge (ggf. auch unverschuldeter oder unvermeidbarer) von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Ein Investor in Zertifikaten, die durch Tier-1-Instrumente der KF im Volumen von EUR 151,66 Mio. gedeckt sind, hat gerichtliche Schritte gegen mehrere Parteien, darunter hinsichtlich einiger Forderungen auch gegenüber die KF, eingeleitet. Es handelt sich bei den Tier-1-Instrumenten um Partizipationskapital, welches gem. § 23 BWG voll Verlust tragend ist, das ursprünglich von der KA alt begeben worden war und im Zuge der Spaltung anteilig bei der KF verblieb. Die KF hält die Ansprüche für unbegründet.

Die KF wurde von zwei ehemaligen Vorstandsmitgliedern vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien wegen angeblich unberechtigter vorzeitiger Auflösung ihrer Vorstandsverträge auf Kündigungsentschädigung geklagt. Das finanzielle Risiko liegt jeweils bei rund EUR 3 Mio. zuzüglich Zinsen. In diesen Verfahren hat die KF jeweils eine Widerklage wegen Schadenersatz eingebracht. Aus heutiger Sicht rechnet die KF nicht damit, dass die von den ehemaligen Vorstandsmitgliedern angestregte Klage Erfolg haben wird.

Die Gesellschaft ist belangter Verband iSd Verbandsverantwortlichkeitsgesetzes in einem laufenden Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Gesellschaftsorgane. Sollte gerichtlich festgestellt werden, dass die Gesellschaft iSd genannten Gesetzes für eine Straftat einer oder mehrerer dieser Personen verantwortlich ist, könnte über die Gesellschaft eine Verbandsgeldbuße verhängt werden. Dies ist derzeit nicht absehbar.

Sonstige Verpflichtungen

Im Rahmen der Kapitalisierungsvereinbarung mit der Republik Österreich und der KA vom 17. November 2009 verzichtete die KA gegenüber der KF auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1 Mrd. gegen Ausstellung eines Besserungsscheins. Dieser Besserungsschein sichert der KA Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen der KF im Ausmaß des Verzichts Betrags zuzüglich einer Verzinsung zu, bis der Besserungsschein vollständig (EUR 1.000.000.000,00 + angelaufene Zinsen, das sind zum 31. Dezember 2010 EUR 1.047.461.430,83) bedient wurde.

Aufgrund der vom SpaltG normierten gesamtschuldnerischen Haftung haftet die KF für Verbindlichkeiten, die bis zur Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch entstanden sind und als dem Kernbankgeschäft zugeordnete Verbindlichkeiten auf die KA abgespalten wurden, bis zur Höhe des ihr im Rahmen der Spaltung zugewiesenen Nettoaktivvermögens.

Mit der Bürgschaftvereinbarung vom 17. November 2009 übernahm der Bund gegenüber der KA die Haftung als Bürge und Zahler für die Verpflichtungen einer Zweckgesellschaft aus der Put-Vereinbarung über den Besserungsschein mit Wirkung zum 30. November 2009. Die Haftung hat eine Laufzeit von drei Jahren. Für die Haftungsübernahme des Bundes gegenüber der KA hat die KF als wirtschaftlich Begünstigter der Haftung ab Wirksamwerden der Haftung ein Entgelt in Höhe von 10 % p. a vom jeweils verbürgten Betrag an den Bund zu entrichten. Für 2011 wird daraus ein Aufwand von EUR 108.709.058,23 erwartet.

Die KF ist gemäß § 93 BWG zur anteiligen Sicherung der Einlagen im Rahmen der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien, verpflichtet.

Aufgrund von Mietverträgen ergeben sich im Jahr 2011 Verpflichtungen in Höhe von EUR 126.000,00. Die entsprechenden Verpflichtungen für die Jahre 2012 bis 2016 betragen voraussichtlich EUR 693.000,00.

Latente Steuern

Zum Bilanzstichtag waren keine aktivierungsfähigen aktiven, latenten Steuern (31.12.2009: EUR 0,00) vorhanden.

8. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Aufgrund der 2009 und 2010 erfolgten Umgründungsmaßnahmen (Spaltung und Verschmelzung) sind die Vorjahreszahlen nicht vergleichbar.

1. Die wesentlichen GuV-Positionen stellen sich wie folgt dar:

a. Nettozinsertrag

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2010	2009
Kreditgeschäft	125.457.112,42	274.491.138,13
Bankveranlagungen	68.612.814,24	174.729.681,51
Festverzinsliche Wertpapiere	278.034.100,07	203.320.026,97
Swap-Ertrag	951.685.645,31	1.224.735.366,4

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in EUR	2010	2009
Mit Banken	-93.029.521,65	-168.991.126,18
Mit Nichtbanken	-1.636.428,15	-27.202.738,69
Eigene Emissionen	-195.727.198,59	-347.069.625,99
Swap-Aufwand	-1.149.938.315,69	-1.323.383.934,70

b. Provisionsergebnis

Provisionserträge in EUR	2010	2009
Haftungsprovisionen	20.732.176,44	22.511.385,38
Wertpapiergeschäft	0,00	91.773,80
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	125.000,04	254.210,65

Provisionsaufwendungen in EUR	2010	2009
Haftungsprovisionen	-29.904.506,44	-10.942.323,7
Wertpapiergeschäft darunter:	-185.680.011,14	-154.817.214,79
Spesen Besserungsschein	-104.268.737,27	-8.686.114,38
Haftungsentgelt für staatsgarantierte Eigenemissionen	-78.287.395,72	-48.891.217,18
Haftungsentgelt Bundesbürgschaft	0,00	-96.253.641,50
Geld- und Devisenhandel	-662.410,81	-605.316,9

c. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften

in EUR	2010	2009
Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	-17.114.622,26	-13.227.438,04

Die Aufwendungen aus Finanzgeschäften resultieren im Wesentlichen aus Devisenergebnisanpassungen aus der Umstellung der Steuerung der Devisenposition der KIB von IFRS auf UGB/BWG im Zuge der Verschmelzung sowie aus der Veränderung der Drohverlustrückstellung für CDS-Absicherungsverträge.

d. Verwaltungsaufwand

in EUR	2010	2009
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-21.414.170,60	-31.547.958,73
Personalaufwand	-535.235,66	-10.109.928,90
Sachaufwand	-20.878.934,94	-21.438.029,83

Der ausgewiesene Personalaufwand betrifft den Aufwand aus der KIB für die ersten neun Monate des Jahres bis zur Schließung der KIB.

Die KF hat keine eigenen Mitarbeiter/innen; zwölf Mitarbeiter/innen sind über Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarungen aus der KA direkt und ausschließlich in der KF aktiv. Zusätzlich bezieht die KF überwiegend Dienstleistungen von der KA über ein Service Level Agreement. Für die erbrachten Leistungen wurden 2010 anhand von detaillierten Zeitaufzeichnungen der Mitarbeiter/innen anteilige Personal- und Sachkosten in Höhe von EUR 12.766.269,34 weiterverrechnet und im Sachaufwand ausgewiesen.

Die auf die Berichtsperiode entfallenden Aufwendungen für den Abschlussprüfer setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	2010	2009
Prüfung des Jahresabschlusses	96.000,00	386.414,95
Andere Bestätigungsleistungen	9.600,00	248.000,00
Steuerberatungsleistungen	0,00	0,00
Sonstige Leistungen	0,00	0,00
	105.600,00	634.414,95

e. Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen

in EUR	2010	2009
Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen	238.363.061,29	-1.091.023.363,10

Das Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen (Position 11 und 12 der Gewinn- und Verlustrechnung) beruht 2010 im Wesentlichen auf der Realisierung von Werterholungseffekten im Zuge der Auflösung von strukturierten Wertpapieren (EUR 109.847.245,73), dem Abbau des Wertpapierportfolios (EUR 47.330.397,71) sowie der Auflösung von pauschalen Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 51.951.917,49. Aus der vorzeitigen Tilgung von Eigenemissionen konnte ein Erlös von EUR 46.397.674,33 erzielt werden. Negativ wirkte die Bildung einer Drohverlustrückstellung in Höhe von EUR - 36.673.711,00 für Derivate. Diese reflektieren die negativen Barwerte von Makro-Hedge-Positionen.

Im Vorjahr waren die Abschreibung von KIB-Refinanzierungen (EUR - 423.391.511,28), die Abschreibung des KIB-Beteiligungsansatzes (EUR - 182.723.480,21), die Wertberichtigung von Aktiva, die 2008 durch eine Bürgschaft der Republik Österreich gedeckt waren (EUR - 287.361.400,79) und die Bildung einer Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG (EUR - 165.000.000,00) die wichtigsten Bestandteile des Ergebnisses aus Realisierungen und Bewertungen in Höhe von EUR - 1.091.023.363,10.

f. Außerordentliche Erträge

in EUR	2010	2009
Außerordentliche Erträge	114.507.756,83	1.000.000.000,00

Im Jahr 2010 wurde die Abschreibung der Zwischenrefinanzierung der KF an die KIB von TEUR 423.392,0 auf TEUR 328.150,0 reduziert. Dies ist die wesentliche Komponente im außerordentlichen Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung. In Summe wurden seit dem Jahr 2008 TEUR 543.607,2 aus der Abschreibung des KIB-Beteiligungsansatzes (TEUR 234.723,5) und aus Refinanzierungsabschreibungen negativ ergebniswirksam; 2009 zeigte einen a. o. Ertrag von EUR 1 Mrd. aus Verzicht der KA auf bestehende Geldmarktforderungen. Details zur Verschmelzung sind unter Punkt 2 „Verschmelzung der KIB auf die KF“ erläutert.

g. Außerordentliche Aufwendungen

Zum Bilanzstichtag wurde erstmalig der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 57 Abs. 3 BWG in Höhe von EUR 95.000.000,00 dotiert.

h. Steueraufwand

Der auf das Geschäftsjahr entfallende Steueraufwand betrifft den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der KF sowie Steuern aus Vorjahren aus der KIB.

2. Gemäß § 237 UGB teilen sich die Umsatzerlöse der Bank in folgende geografische Märkte auf (Vergleichbarkeit mit Vorjahreszahlen aufgrund der erwähnten Restrukturierungen nicht gegeben):

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2010	2009
Österreich	38.949.214,92	610.442.026,57
Westeuropa	777.918.781,28	835.804.308,87
Zentral- und Osteuropa	243.425.970,52	274.443.213,60
Übrige Welt	363.495.705,32	156.586.663,97
	1.423.789.672,04	1.877.276.213,01

Provisionserträge in EUR	2010	2009
Österreich	85.912,19	1.091.517,53
Westeuropa	8.574.447,39	5.884.636,32
Zentral- und Osteuropa	9.144.828,89	10.961.163,62
Übrige Welt	3.051.988,01	4.920.052,36
	20.857.176,48	22.857.369,83

Sonstige betriebliche Erträge in EUR	2010	2009
Österreich	31.411,85	5.024.334,78
Westeuropa	471.646,65	360.096,17
Zentral- und Osteuropa	0,00	75.617,19
Übrige Welt	0,00	0,00
	503.058,50	5.460.048,14

9. Angaben über Organe und Arbeitgeber

1. Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer während des Geschäftsjahres

Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer/innen betrug im ersten Halbjahr 2009 – bis zur Spaltung – 209 Personen. Seit der Spaltung verfügt die KF über keine eigenen Mitarbeiter/innen. Die KIB, welche rückwirkend per 31. Dezember 2009 in die KF verschmolzen wurde, verfügte bis zur Schließung im September 2010 durchschnittlich über elf Arbeitnehmer/innen. Alle Angaben sind ohne Vorstände und ohne karenzierte Mitarbeiter/innen; Teilzeitkräfte werden gewichtet dargestellt.

Weitere Details werden unter Punkt 8. d. Verwaltungsaufwand dargestellt.

2. Die Gesamtbezüge an Vorstand und Aufsichtsrat für 2010 stellen sich wie folgt dar (Zahlen für 2009 repräsentieren die Werte für ein halbes Geschäftsjahr und sind somit nicht vergleichbar):

in EUR	2010	2009
Aktive Vorstandsmitglieder	0,00	390.934,29
Aktive Aufsichtsratsmitglieder	75.000,00	0,00
Frühere Vorstandsmitglieder	0,00	142.944,23
	75.000,00	533.878,52

Die aktiven Vorstandsmitglieder der KA leiten in Personalunion als Vorstände die KF Bezüge in Höhe von EUR 580.952,59 (2009: EUR 209.882,44) wurden auf Basis des Service Level Agreements an die KF weiterverrechnet und werden im Sachaufwand ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2010 waren wie zum 31. Dezember 2009 keine Kredite an Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats aushaftend. Für diese Personen bestanden auch keine Haftungen der KF.

3. Mitglieder des Vorstandes:

Mag. Alois Steinbichler, Vorsitzender
Mag. Andreas Fleischmann

4. Mitglieder des Aufsichtsrates:

Kommerzialrat Dr. Klaus Liebscher, Vorsitzender
Kommerzialrat Adolf Wala, stellvertretender Vorsitzender
Präsident Helmut Mödlhammer
Mag. Werner Muhm
Dipl.-Ing. Herbert Paierl
Mag. Georg Schöppl
Franz Hofer (vom Betriebsrat nominiert)
Christine Sipek (vom Betriebsrat nominiert)
Dipl.-Ing. Martin Öhlknecht (vom Betriebsrat nominiert)

Staatskommissär:

SC Univ. Doz. Dr. Gerhard Steger, Staatskommissär (seit 1. Jänner 2011)

Dr. Peter Braumüller, Staatskommissär (bis 31. Oktober 2010)

Mag. Wolfgang Nitsche, Staatskommissär-Stellvertreter

Regierungskommissär:

Als Regierungskommissäre für die Depotverwaltung für fundierte Schuldverschreibungen waren für das abgelaufene Geschäftsjahr bestellt:

Dr. Heinrich Traumüller, Regierungskommissär

Mag. Wolfgang Nitsche; Regierungskommissär-Stellvertreter (seit 1. Jänner 2011)

Dr. Peter Braumüller, Regierungskommissär-Stellvertreter (bis 31. Oktober 2010)

Zum Zeitpunkt der Berichtslegung hatte die Bank keine fundierten Bankschuldverschreibungen aushaftend.

10. Bilanzergebnis

Der zum 31. Dezember 2010 ausgewiesene Bilanzverlust in Höhe von EUR 345.780.606,63 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

11. Konzernbeziehungen

Die KF befindet sich zu 99,78 % im Besitz der Republik Österreich. Die restlichen 0,22 % sind im Eigentum des Österreichischen Gemeindebundes.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, am 11. April 2011

Zusammensetzung der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen zum 31.12.2010

Name und Sitz in EUR 1.000	Kapitalanteil in %	Eigenkapital iSd § 224 UGB
I. Beteiligungen		
Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien	0,10 %	- ¹⁾
SALEM Beteiligungsverwaltung zwölfte GmbH, Wien	100,00 %	- ¹⁾
II. Anteile an verbundenen Unternehmen		
Capital I Limited, Jersey	100,00 %	0,0
Kommunalkredit Dexia Asset Management AG, Wien ²⁾	51,00 %	1.551,5
KIB Properties Limited, Limassol, Zypern	100,00 %	85,7*

1) wegen Unwesentlichkeit nicht dargestellt

2) in Liquidation

* nach IFRS

	Anschaffungs- kosten	Buchwert	Kumulierte Abschreibung	Periodenüber- schuss nach Steuern	Letzter geprüfter Jahresabschluss
	0,0	0,0	0,0	- ¹⁾	-
	23,0	23,0	0,0	- ¹⁾	-
	0,0	0,0	0,0	0,0	31.12.2009
	765,0	765,0	0,0	2,9	31.12.2008
	2.661,1	2.661,1	0,0	-27,8	31.12.2009

Anlagenpiegel gemäß § 226 (1) UGB per 31.12.2010

Anlagevermögen in EUR	Anschaffungskosten			
	Stand 31.12.2009	Zugänge aus Verschmelzung	Abgänge aus Verschmelzung	Umbuchung
Schuldtitle öffentlicher Stellen	30.831.104,37	918.367.124,08	0,00	1.611.185.302,31
Forderungen an Kreditinstitute	2.877.874.757,23	310.593.451,70	0,00	0,00
Forderungen an Kunden	1.523.131.314,02	1.126.227.559,09	0,00	0,00
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.007.166.476,92	2.739.418.146,52	0,00	-1.611.185.302,31
Beteiligungen	23.142,67	0,00	0,00	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	235.488.480,21	2.661.139,04	234.723.480,21	0,00
Gebäude	0,00	1.881.954,88	0,00	0,00
Sachanlagen				
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	663.772,02	0,00	0,00
	8.674.515.275,42	5.099.813.147,33	234.723.480,21	0,00

Anlagevermögen in EUR	Anschaffungskosten			
	Stand 1.1.2010 *)	Währungs- umrechnung	Zugänge	Abgänge
Schuldtitle öffentlicher Stellen	2.560.383.530,76	3.877.067,34	15.651.041,99	10.292.196,08
Forderungen an Kreditinstitute	3.188.468.208,93	135.847.640,01	0,00	2.844.867.805,73
Forderungen an Kunden	2.649.358.873,11	194.487.216,67	118.533.704,23	710.337.001,62
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.135.399.321,13	158.871.661,82	430.533.724,68	1.199.867.664,21
Beteiligungen	23.142,67	0,00	0,00	72,67
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.426.139,04	0,00	0,00	0,00
Gebäude	1.881.954,88	0,00	0,00	1.881.954,88
Sachanlagen				
Betriebs- und Geschäftsausstattung	663.772,02	0,00	0,00	408.103,42
	13.539.604.942,54	493.083.585,84	564.718.470,90	4.767.654.798,61

*) nach Währungsumrechnung und nach Übernahme der Vermögensgegenstände aus der Kommunalkredit International Bank Ltd, Limassol, Zypern

1) nach Übernahme der Vermögensgegenstände aus der Kommunalkredit International Bank Ltd, Limassol, Zypern

2) diese Spalte enthält die Zuschreibung des Unterschiedsbetrages gemäß § 56 Abs. 3 BWG

Stand 1.1.2010 *)
2.560.383.530,76
3.188.468.208,93
2.649.358.873,11
5.135.399.321,13
23.142,67
3.426.139,04
1.881.954,88
663.772,02
13.539.604.942,54

Stand 31.12.2010	Kumulierte Abschreibungen/ Zuschreibungen 2010 ²⁾	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 1.1.2010 ¹⁾	Buchwerte	
				Abschreibungen 2010	Zuschreibungen 2010
2.569.619.444,01	9.490.976,58	2.560.128.467,43	2.574.051.831,66	6.312.006,53	1.103.815,90
479.448.043,21	-87.528,32	479.535.571,53	3.191.176.114,91	837.657,41	925.185,77
2.252.042.792,39	1.795.111,03	2.250.247.681,36	2.667.209.041,23	1.538.200,61	620.832,34
4.524.937.043,42	1.815.269,19	4.523.121.774,23	5.157.496.932,61	13.552.443,22	8.925.222,24
23.070,00	0,00	23.070,00	23.142,67	0,00	0,00
3.426.139,04	0,00	3.426.139,04	765.000,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	62.970,93	0,00
255.668,60	166.239,65	89.428,95	0,00	68.493,83	0,00
9.829.752.200,67	13.180.068,13	9.816.572.132,54	13.590.722.063,08	22.371.772,53	11.575.056,25

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der KA Finanz AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2010 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2010, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2010 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2010 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

PWC INTER-TREUHAND GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft



DI Mag. Friedrich Rödler
Wirtschaftsprüfer



Dipl.-Kfm. Univ. Dorotea E. Rebmann
Wirtschaftsprüfer

Wien, am 11. April 2011

Erklärung der gesetzlichen Vertreter

KA Finanz AG – Jahresabschluss 2010

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss des Unternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, im April 2011

